Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2.50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig Zeitzer Straße 30, IV., Aufgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postscheckkonto Leipzig 56383 Kassierer: L. Geist, Leipzig C 1, Zeitzer Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 29. November 1930

34. Jahrgang — Nummer 48

Arbeitszeitverlängerung, Lohnsenkung, Pflichtarbeit und Arbeitgeberverbände

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat in einer Sitzung vom 3. November Richtlinien zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise aufgestellt. Man konnte eigentlich auf die Stellungnahme dieser Körperschaft angesichts der furchtbaren Not, die gegenwärtig in Deutschland herrscht, gespannt sein. Wenn man auch keine allzu großen Hoffnungen zu haben brauchte, so konnte man aber doch annehmen, daß sich die Arbeitgeberverbände hinsichtlich der gespannten Lage zu einem Entgegenkommen gegenüber den Forderungen der Gewerkschaften bereit finden würden. Die Hoffnungen sind leider vergeblich gewesen. Die Spitzenorganisation der deutschen Arbeitgeberverbände ist in keiner Beziehung von ihrer bisherigen Stellungnahme abgegangen. Versuchen wir die Meinung der Vereinigung kurz zu skizzieren:

Die Selbstkostengestaltung der deutschen Wirtschaft, soweit sie durch den Lohn beeinflußt wird, kann nur durch Senkung der Löhne oder durch Verlängerung der Arbeitszeit mit gleichbleibendem Schicht- und Wochenlohn erreicht werden. Eine Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich lehnt die Vereinigung strikt ab, weil sie in ihren wirtschaftlichen Auswirkungen einer Lohnerhöhung und damit der Erhöhung der Selbstkosten gleichzusetzen sei. Weiter erklären die Arbeitgeberverbände: Eine über den jetzigen Umfang hinausgehende Ausdehnung der Notstandsarbeiten ist ebenfalls kein geeignetes Mittel zur Verminderung der Arbeitslosigkeit, da die Bereitstellung der notwendigen Kapitalmengen die entsprechende Entziehung von Kapital für die produktive private Wirtschaft und damit die Vergrößerung der Arbeitslosigkeit an anderer Stelle bedeuten würde. Die Notstandsarbeiten in ihrem jetzigen beschränkten Umfange ist zu empfehlen, weil diese Arbeiten eine wirksame Unterstützung der zuständigen Stellen bei der Prüfung der Arbeitswilligkeit des Erwerbslosen darstellen. Eine gleiche Entlastung muß durch möglichste Erweiterung der Pflichtarbeit gemäß § 91 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes im Rahmen der zur Zeit geltenden gesetzlichen Bestimmungen erstrebt werden. Die gleichen Gründe, die eine weitere Ausdehnung der Notstandsarbeiten hindernd entgegenstehen, lassen die Durchführung einer allgemeinen Arbeitsdienstpflicht zur Zeit unmöglich erscheinen. Jede Gewährung öffentlicher Mittel an private Betriebe ist abzulehnen. Soweit öffentliche Mittel an private Betriebe gegeben werden, ist dies nur in Fällen besonderer Art zu rechtfertigen und müssen der strengsten Kontrolle unterstehen.

Das sind in kurzem die Ratschläge, die die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise zu machen glaubt. Kein einziger neuer Gedanke, sondern nur die Wiederholung der in letzter Zeit immer wieder gepredigten Gedankengänge. Verlängerung der Arbeitszeit oder Verkürzung der Löhne, das sind die Mittel, die die Unternehmer in Deutschland zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise anwenden wollen. Neu ist es vielleicht nur, daß die Unternehmer die Erweiterung der Pflicharbeit „als erzieherisches Mittel im Interesse und Erhaltung der Arbeitsmoral" für notwendig erachten. Die allgemeine Arbeitsdienstpflicht wird gegenwärtig abgelehnt, wenn man sich auch grundsätzlich nicht gegen diese erklärt. Wir müssen uns eben damit abfinden, daß die Spitzenorganisation der Arbeitgeberverbände auf ihren alten Forderungen beharrt und nach wie vor eine Verständigung unmöglich erscheint.

*

Am Abend des gleichen Tages, als die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zu den Forderungen der Gewerkschaften Stellung nahm, sprach der Kollege Wilhelm Eggert vom Bundesvorstand des ADGB. im Rundfunk, wobei er in eindrucksvoller Weise die Wege zur Linderung der Wirtschaftskrise und zur Milderung der Arbeitslosigkeit aufzeigte. Die Hörer des Deutschlandsenders hatten somit Gelegenheit, die starren und unbeweglichen Forderungen der Arbeitgeberverbände und die Vorschläge der Gewerkschaften miteinander zu vergleichen. In recht eindringlicher Weise hat Eggert den gegenwärtigen Wirtschaftszustand in Deutschland folgendermaßen festgestellt:

1. Einen Produktionsapparat, der nach den Feststellungen des Enqueteausschusses nur zu 75 bis 80 Prozent selbst in den besten Konjunkturen ausgenutzt werden konnte.
2. Die Produktion steigt schneller als der Bevölkerungszuwachs und als der Verbrauch überhaupt.
3. Die Steigerung des Einkommens der Arbeitnehmerschaft ist weit hinter der Steigerung der Produktivität zurückgeblieben.
4. Die Wirtschaft kann bei der jetzigen Regelung der Arbeitszeit den Zustrom vom Arbeitsmarkt nicht aufnehmen.
5. Drei Millionen Erwerbslose begehren Arbeit.

Im weiteren setzt sich Kollege Eggert mit der Wirtschafts- und Lohnpolitik der Unternehmer und der gegenwärtigen Reichsregierung auseinander, wobei er besonders den Arbeitslohn als Kostenelement der Wirtschaft einer näheren Betrachtung unterzog. Dabei würde, so erklärt Eggert, vollkommen übersehen, daß Löhne und Gehälter eine völlig andere Funktion in der modernen Wirtschaft haben als etwa Rohstoffpreise und Kapitalzinsen. Diese erscheinen für das Unternehmen als eine Belastung. Löhne und Gehälter sollen aber nicht nur die Arbeitskraft erhalten, sondern haben in der modernen Wirtschaft die unerläßliche Funktion, den Verbrauch zu regeln und — das ist der Sinn allen technischen und wirtschaftlichen Fortschritts — den Verbrauch zu steigern. Auf die jetzige Krise angewendet, kann der Unterschied etwa so ausgedrückt werden: Senkung der Rohstoffpreise und des Kapitalzinses bedeutet Antrieb zur Überwindung der Wirtschaftskrise, Senkung der Löhne und Gehälter hingegen bedeutet das Einschalten eines Hemmnisses ihrer Überwindung. Der Ausfall des Arbeitnehmereinkommens für das erste Halbjahr 1930 wird vom Institut für Konjunkturforschung auf 1850 Millionen Mark geschätzt. Für das laufende Jahr wird man auf mindestens 4 Milliarden Mark kommen. Das sind nahezu 10 v. H. des gesamten Einkommens aller Arbeiter, Angestellten und Beamten. Die Folge hiervon ist, daß die Kleinhandelsumsätze einen großen Rückgang aufweisen. Die Schäden würden sich gewaltig vergrößern, wenn ein Einbruch in die Löhne und Gehälter erfolgen würde, ohne daß eine entsprechende Senkung der Lebenshaltungskosten eintritt. Würde z. B. ein allgemeiner Abbau der Tariflöhne und Gehälter um 8 v. H. eintreten, so würde zu dem bisherigen Verdienstausfall von ungefähr 4 Milliarden Mark ein weiterer Ausfall von nahezu 3 Milliarden hinzutreten. Mit einem solchen Einkommensrückgang wäre ein weiterer Umsatzrückgang verbunden, der sich überaus unheilvoll auswirken und den Ablauf der Wirtschaftskrise erschweren würde.

Eine wirkliche Gesundung der Wirtschaft kann nach Meinung des Kollegen Eggert und nach Ansicht der Gewerkschaften nur eintreten, wenn die Senkung des allgemeinen Preisstandes durchgeführt wird. Zu diesem Zwecke müßte die Regierung, falls sich die Kartelle weigern, das Erforderliche tun mit entschlossener Hand in die Kartellpolitik eingreifen und die Preisbildungen aufheben. Wenn 3 Millionen Arbeitslose Arbeit begehren, so gibt es im Augenblick keinen anderen Weg als die Verkürzung der Arbeitszeit. Darum sollte die 40stündige Arbeitswoche für die Dauer der Krise gesetzlich durchgeführt werden. Nach Schätzungen des ADGB. könnte die Arbeitslosenziffer durch Verkürzung der Arbeitszeit, Abschaffung der Überstunden, Erhöhung des Personals der Reichsbahn und der Reichspost usw. um 850 000 vermindert werden. Die Arbeitszeitverkürzung kann nicht ohne Lohnausgleich geschehen, deshalb müssen die Gewinnreserven der Industrie zum Lohnausgleich herangezogen werden.

*

Wir haben vorstehend die Forderungen der Unternehmer und die Ansicht der Gewerkschaften gegenüber gestellt. Die Öffentlichkeit hat die Möglichkeit, zwischen den beiden aufgezeigten Wegen zu entscheiden. Für die Arbeiter kann es nicht zweifelhaft sein, welcher Weg beschritten werden muß. Sie hat durch die Veröffentlichung der Richtlinien der Unternehmerverbände wiederum den Beweis erhalten, daß diese nach wie vor auf ihren Standpunkt, Verlängerung der Arbeitszeit bei gleichbleibenden Löhnen, oder Verkürzung der Löhne bei gleichbleibender Arbeitszeit, beharren. Ein Kompromiß erscheint nicht möglich. Deshalb muß nach wie vor darauf Gewicht gelegt werden, daß die Kampfkraft der Arbeiterschaft ungeschwächt bleibt.

Die Forderungen der Unternehmer auf Lohnabbau sind in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau zum Teil geradezu grotesk. So wird z. B. an die Steinsetzerkollegen in einem Bezirk sogar das „bescheidene" Ansinnen gestellt — 40 Prozent billiger zu arbeiten. Ganz so unverschämt sind die Steinindustrie-Unternehmer nicht, sie wollen sich stellenweise begnügen mit „nur" 10 bis 30 Prozent. Das letztere in einem Granitbezirk in welchem eine Berechnung ergeben hat, daß bei gleichbleibenden Akkordpreisen der erzielte Durchschnittsstundenlohn im Vergleich zum Vorjahre um 25 Prozent gesunken ist. Also sowieso schon eine recht fühlbare Niederdrückung der Lebenshaltung unserer Kollegen durch schlechtes Gesteinsmaterial, übertriebene Qualitätsarbeit, Schikane bei der Arbeit usw., eingetreten ist. Nun soll auf Verlangen der Unternehmer noch ein offizieller Akkordpreis-Abstrich von den Tarifpreisen vorgenommen werden. Wenigstens lautet so der Wunschzettel der betreffenden Unternehmer. Das sind nur so einzelne Beispiele, die herausgegriffen wurden aus dem Reigen des geplanten Lohnabbaues. Gleichgültigkeit der Verbandsmitglieder ist demgegenüber nicht am Platze, sondern es muß im Ringen um Lohn und Brot mit allen Mitteln, auch den schärfsten, gearbeitet werden. Jedem Stein- und jedem Straßenbauarbeiter wird klar sein: Sind wir in diesem Ringkampf die Unterlegenen, dann wird das auf Jahre hinaus eine Schlappe bedeuten. Stärkt also die Organisation, den Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands.

Der Tarifvertrag in der Wirtschaftskrise

Die deutschen Gewerkschaften stehen schon seit Monaten in einem heroischen Kampf zur Abwehr von Lohnverschlechterungen. Den antisozialen Akteuren in der Wirtschaft und der Politik ist ein mächtiger Bundesgenosse erstanden, nämlich die Wirtschaftskrise. Ein Millionenheer erwerbsloser Volksgenossen steht außerhalb der Betriebe, und das sehnsüchtige Streben der Reaktion geht unverkennbar dahin, dieses riesenhafte Ueberangebot von Arbeitskräften bei der Preisbildung für die Ware Arbeitskraft voll zur Auswirkung kommen zu lassen. Sie schwören plötzlich wieder auf die Richtigkeit der preisregelnden Funktion des liberalen Marktgesetzes von Angebot und Nachfrage. Allerdings soll dieses Gesetz nur für die Arbeitskraft gelten, denn für die Preisbildung der übrigen Güter haben sie selbst es durch eine Unzahl von Kartellen und Syndikaten unmöglich gemacht, indem die freie Konkurrenz vertraglich ausgeschaltet wurde.

Einer Verwirklichung der Unternehmerwünsche, den Lohn nach dem jeweiligen Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkte zu regeln, steht der Tarifvertrag im Wege. Durch ihn werden Mindestlöhne festgesetzt, deren Unterschriften für den organisierten Teil der Belegschaften, durch die gesetzlich garantierte Unabdingbarkeit unmöglich gemacht ist. Logischerweise richtet sich nun der Kampf der Reaktion gegen den Tarifvertrag. Aber der Gedanke des Tarifvertrages ist im deutschen Arbeitsleben fest verwurzelt. Die Arbeiterschaft weiß diese Errungenschaft zu schätzen. Das beweist die Tatsache, daß der Tarifvertrag in Deutschland von Jahr zu Jahr an Boden gewinnt. Welche Ausdehnung das Tarifvertragswesen hinsichtlich der Zahl der abgeschlossenen Verträge und der durch diese erfaßten Betriebe und Arbeitnehmer in den letzten sechs Jahren erfahren hat, geht aus der folgenden Statistik hervor. Danach bestanden im Deutschen Reiche

Jahresanfang	Tarifverträge	Von diesen erfaßte Betriebe	Von diesen erfaßte Arbeitnehmer
1924	8 790	812 671	13 135 484
1925	7 099	785 945	11 904 156
1926	7 533	788 855	11 140 521
1927	7 490	807 000	10 970 120
1928	8 178	912 006	12 267 440
1929	8 925	997 977	12 276 060

Seit drei Jahren ist sowohl die Zahl der abgeschlossenen Tarifverträge wie auch die Zahl der von diesen erfaßten Betriebe und Arbeitnehmer ständig im Steigen begriffen. Allein im letzten Jahr stieg die Zahl der abgeschlossenen Tarifverträge um 747 oder 9%, die Zahl der von Tarifverträgen erfaßten Betriebe um 85 971 oder 9,4% und die Zahl der unter tarifvertraglichen Bedingungen arbeitenden Arbeitnehmer um 8620 oder 0,1%. Die absolut und prozentmäßig geringe Steigerung der von Tarifverträgen erfaßten Arbeitnehmer erklärt sich nicht zuletzt aus den im gleichen Zeitraum vorgenommenen Belegschaftsverminderungen. Zweifellos liegt hier der gewerkschaftliche Erfolg darin, daß es in recht hohem Maße gelungen ist, eine Vielzahl von neuen Betrieben in den Bereich des Tarifvertragsgedankens zu ziehen. Bekommen wir wieder einmal eine glücklichere Wirtschaftskonjunktur, dann bleiben die Tarifverträge für die einzelnen Unternehmungen bestehen, und die neu einströmenden Arbeitnehmermassen kommen vom ersten Tage ihrer Beschäftigung in den Genuß tarifvertraglich geregelter Arbeitsbedingungen.

Bezüglich des Geltungsbereiches unterscheiden wir Reichs-, Bezirks-, Orts- und Werkstarife. Ueber deren Entwicklung in den letzten beiden Jahren und den prozentualen Anteil der einzelnen Tarifgattungen an der Gesamtzahl der im letzten Jahre bestehenden Tarifverträge gibt folgende Statistik Aufschluß:

	1928	1929	1929 in % aller Tarifverträge
Reichstarife	80	84	0,9
Bezirkstarife	2 970	3 089	34,6
Ortstarife	2 239	2 489	27,9
Firmentarife	2 889	3 263	36,6
Zusammen:	8 178	8 925	100,0

Im vergangenen Jahre ist die Zahl der abgeschlossenen Tarife für alle Kategorien gestiegen. Der höchste Anteil an der Gesamtzahl der abgeschlossenen Verträge entfällt auf die Firmentarife, die Bezirkstarife stehen an zweiter, die Ortstarife an dritter Stelle, und erst in weitem Abstande folgen die Reichstarife. Indes liegt die Bedeutung der einzelnen Tarifgruppen nicht bei ihrer anteilmäßigen Höhe an der Gesamtzahl, sondern in der Tatsache, welcher Kreis von Betrieben und Personen durch sie erfaßt wird. Dabei gestaltet sich das Gewicht der einzelnen Tarifkategorien wesentlich anders, denn im vergangenen Jahre entfielen

	Zahl der Betriebe	% aller Betriebe	Zahl der Arbeitnehmer	% aller Arbeitnehmer
Reichstarife	98 991	9,9	1 855 861	15,1
Bezirkstarife	747 284	74,9	9 188 201	74,8
Ortstarife	144 474	14,5	744 109	6,1
Firmentarife	7 228	0,7	487 889	4,0

Hier sehen wir, daß von der Gruppe der Reichstarife, die noch nicht ein Prozent aller Verträge umfaßte, fast 10% aller unter Tarifverträge fallenden Firmen und mehr als 15% der zu tarifvertraglichen Bedingungen arbeitenden Arbeitnehmer erfaßt werden. In jeder Beziehung an der Spitze stehen die Bezirkstarife, die etwa ¾ aller Betriebe und Arbeitnehmer umfassen. So gesehen kommt dem Firmentarif, der zahlenmäßig zwar an der Spitze steht, im Rahmen des deutschen Tarifvertragswesens nur bescheidene Bedeutung zu. Das Uebergewicht liegt ganz eindeutig bei den Tarifen mit großem Geltungsbereich. Und das ist gut so, denn dadurch wird es den unter den gleichen Tarifvertrag fallenden Firmen unmöglich gemacht auf Kosten der Lohn- und Arbeitsbedingungen anderen Werken der gleichen Branche unlautere Konkurrenz zu machen.

In der Industriegruppe „Steine und Erden" gestalteten sich die Verhältnisse wie folgt:

	Tarifverträge	für Betriebe	für Arbeitnehmer
1928	631	10 377	438 523
1929	675	12 238	496 508

Hier ging es auf der ganzen Linie vorwärts. Das beweist die gestiegene Zahl der für die Industriegruppe Steine und Erden abgeschlossenen Tarifverträge und die zunehmende Zahl der tariflich erfaßten Betriebe.

Nun noch ein Wort über die Größenordnung der Tarifverträge. Nach der amtlichen Statistik umfaßten

	Tarifverträge 1928	Tarifverträge 1929
bis 100 Arbeitnehmer	3 547	3 946
von 100 bis 1 000 Arbeitnehmer	3 381	3 677
von 1000 bis 10 000 Arbeitnehmer	959	1 008
von 10 000 bis 100 000 Arbeitnehmer	199	206
über 100 000 Arbeitnehmer	13	11

Im Jahre 1929 umfaßten die meisten Tarifverträge unter 100 Personen, aber es wurden von dieser Größenklasse nur 162 144 Arbeitnehmer oder 1,3% aller zu tarifvertraglichen Bedingungen Arbeitenden erfaßt. Auf die Größenklasse von 10 000 bis 100 000 entfielen 43,7% aller Arbeitnehmer. Von den Riesentarifen mit über 100 000 wurden 20,4% aller von Tarifverträgen betreuten Arbeitnehmer erfaßt.

Die oben zergliederte amtliche Tarifstatistik liefert ein sprechendes Beispiel für die organisatorische Macht der deutschen Arbeitnehmer. Wer gegen den Tarifvertrag trotz der für die Arbeitnehmerschaft ungünstigen Krisenzeit ankämpfen will, wird ihren geschlossenen Widerstand zu spüren bekommen. Dieser Wille ist heute lebendiger denn je, denn so mancher Arbeiter legt sich heute die Frage vor: Wo ständen wir in der Krise ohne Tarifverträge? Die Antwort darauf kann dem Gewerkschaftsgedanken nur nützlich sein.

Die Preissenkung?

Die Reichsregierung hat sich mit dem Unternehmertum in der Absicht verbunden, unter allen Umständen eine Lohnsenkung zu erzwingen. Es wird dabei betont, daß die Preissenkung nur bei gleichzeitiger Lohnkürzung durchgeführt werden könne. Vor dem Reichsrat hat der Reichskanzler Brüning erklärt, daß diese Preissenkung auch im Klein- und Lebensmittelhandel durchgesetzt werden müsse. Die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels hat daraufhin prompt eine „Antikritik" losgelassen, in der sie sich gegen den Vorwurf überhöhter Lebensmittelpreise wendet. Der Einzelhandel habe die Lebensmittelpreise bereits gesenkt.

Aber wenn die Preissenkung überhaupt einen Sinn haben soll, dann darf vor den Kleinhandelspreisen nicht halt gemacht werden. Brot, Fleisch, Kartoffeln, Fette, Milch und Hülsenfrüchte sind viel zu teuer. Auf dem Lande kostet der Zentner Kartoffeln 1,40 bis 1,80 Mark, in den Großstädten aber zahlt man 3 bis 4 Mark dafür. Auf Grund der verkehrten Zollpolitik der Brüningregierung ist der Preis für ein Kilo Weizenbrot im letzten Jahre um 14 bis 18 Pfennig gestiegen. Ueberprüft man die amtlichen Kleinhandelspreise in den Großstädten, so kommt man zu geradezu unglaublichen Feststellungen. Man nimmt in den einzelnen Städten was man will und kümmert sich nicht im geringsten um die Preissenkungsaktion. So kostet das Kilo Roggenbrot in Köln 51 Pfennig, in Breslau dagegen 32 Pfennig. Der Kleinhandelspreis für Haferflocken beträgt pro Kilo in Karlsruhe 70 Pfennig, in Lübeck 52 Pfennig. Erbsen kosten pro Kilo in Chemnitz 96 Pfennig, in Essen 51 Pfennig; Molkereibutter in Königsberg 2,80 Mark, in Chemnitz 4,50 Mark; Schweinefleisch in Breslau 1.82 Mk., in Frankfurt 2,72 Mk. Selbst bei Kohlen lassen sich gewaltige Preisunterschiede feststellen. Der Zentner Briketts kostet frei Keller in Hamburg 2,60 Mk., in Lübeck 2 Mark und in Köln 1,40 Mark. In dem nahe am Braunkohlenrevier liegenden Magdeburg ist der Kohlenpreis teurer als in dem weitabliegenden Berlin und Chemnitz. Die Frachtkosten können für solche Preisunterschiede wirklich nicht als entscheidend angeführt werden.

Auch darf vor den Mieten nicht halt gemacht werden. Die Mieten sind, gemessen an dem Lohnstand, viel zu hoch. Für den Arbeiter ist es sehr schwer, die Mieten aufzubringen, eine Neubauwohnung kann er nicht mieten. In einem Sonntagsartikel in der „Vossischen Zeitung" schreibt der Reichsarbeitsminister Stegerwald: „Wir haben viele alte Ehepaare, die nicht mehr als 20 bis 25 Mark Miete bezahlen können". Auch junge Ehepaare gibt es genug, die nicht mehr aufbringen können. Man sucht aber vergebens in dem Regierungsprogramm, daß eine Mietsenkung vorgesehen ist. Neben den Ausgaben für Nahrungsmittel spielten im Arbeitshaushalte die Mietkosten die größte Rolle. Es sieht nach einer einseitigen Niederdrückung der Arbeiter aus, wenn eine Lohnsenkung erzwungen werden soll, ohne gleichzeitige fühlbare Preis- und Mietsenkung. Das läuft auf eine Schonung der Hausbesitzer und Unternehmer hinaus!

Brot ist im Arbeiterhaushalte das wichtigste Nahrungsmittel. Schrickt man davor zurück, den Brotpreis zu senken, dann muß das Gewicht erhöht werden. Man muß der „Vossischen Zeitung" darin zustimmen, wenn sie schreibt: „Das Kleingebäck kostet 2½ bis 3 Pfg., das Brot 50 oder 70 Pfg. Wieviel der Käufer tatsächlich für sein Geld bekommt, erfährt er nicht, wenn er sich nicht die Mühe macht, das Gebäck nach dem Einkauf zu Hause nachzuwiegen." Auch in dieser Frage wäre noch etwas zu tun.

Wir aber müssen die Frage stellen: Wo bleibt die Preissenkung? Es ist nicht damit getan, daß die Preise für einige Nahrungsmittel um 5 bis 10 Prozent gesenkt werden. In Deutschland ist das ganze Preisniveau zu hoch, die Löhne sind bisher hinter der Preisheraufsetzung stets zurückgeblieben. Die Preise müssen schon ganz erheblich gesenkt werden, wenn die Senkung überhaupt ins Gewicht fallen soll. Sonst muß man die ganze Aktion als einen großen Schwindel betrachten, zu dem Zwecke aufgezogen, die Arbeiter für den Lohnabbau zu gewinnen. E. N.

Der Einfluß des Goldes auf die gegenwärtige Krise

Jedermann weiß es schon, daß die herrschende Wirtschaftskrise sich nicht allein auf Deutschland beschränkt, sondern daß sie sich auf alle Länder der Welt erstreckt. Nur Frankreich ist aus besonderen Gründen verschont geblieben. Wir werden noch sehen, daß Frankreich deshalb gerade einen unheilvollen Einfluß auf die Weltkrise hat. Von den verschiedenen Gründen der Krise: Ueberproduktion, Preisrevolution, Absatzmangel usw., wird eine Ursache vielleicht doch noch stark unterschätzt: die Verminderung der Goldproduktion.

Um an den Kern des Problems zu kommen, ist es nötig, sich klar zu machen, welche Rolle das Gold in unserer Wirtschaftsorganisation überhaupt spielt. Es ist bekannt, daß der Notenumlauf in allen Ländern von der Höhe der Golddeckung abhängig ist. In Deutschland wie fast in allen anderen Volkswirtschaften ist Dritteldeckung Vorschrift. Auf die Notendeckung baut sich die Kreditgewährung der Notenbank an Banken, Industrie und Handel auf. Das Ganze stellt sich somit als ein dreistöckiges Gebäude dar: erster Stock: Goldbestand, zweiter: Notenumlauf, und drittes Stockwerk: gewährte Kredite. Von der Höhe des ersten Stockes ist die Höhe des zweiten und dritten abhängig. Vom dritten Stock aber geht der große antreibende Einfluß auf die gesamte Produktion aus.

Seit ungefähr 10 Jahren hat nun die Goldförderung eine Entwicklung genommen, die zu schweren Bedenken Anlaß gibt. Mit der wachsenden Zahl der Menschen, mit der Steigerung der Bedürfnisse und mit ihrer Verbreitung auf alle Volksschichten, mit der Zivilisierung bisher unberührter Gebiete ist der Produktionsapparat der Welt ungeheuer gewachsen. Vor dem Weltkrieg stand diesem Wachsen auch eine Vermehrung des Goldes gegenüber.

Es wurde in den verschiedenen Goldminen produziert:

1891 bis 1895:	245 000 Kilogramm im Jahr,
1896 bis 1900:	387 000 Kilogramm im Jahr,
1901 bis 1905:	485 000 Kilogramm im Jahr,
1906 bis 1910:	652 000 Kilogramm im Jahr,
1911 bis 1915:	692 000 Kilogramm im Jahr.

Der ununterbrochene Wirtschaftsanstieg dieser Jahre wird also begleitet von einer gleichmäßig wachsenden Goldproduktion. Es gibt sogar Stimmen, die sagen, daß der Wirtschaftsanstieg auf den Goldzuwachs zurückzuführen ist. Jedoch ist diese Ansicht gewiß übertrieben, das eine aber ist klar, daß der Wirtschaftsanstieg nur möglich war, weil eine genügende Goldmenge vorhanden war.

Nach dem Kriege nun sinkt auf einmal die Goldproduktion:

1911 bis 1915:	692 000 Kilogramm im Jahr,
1916 bis 1920:	589 000 Kilogramm im Jahr,
1921 bis 1925:	542 000 Kilogramm im Jahr.

Das ist um so mehr von Bedeutung, als die Ausweitung des Weltproduktionsapparates gerade in diesen Jahren sehr stark wächst. Außerdem aber fängt seit 1926 Frankreich an, sich einen bisher nie dagewesenen Goldvorrat aufzustapeln. 1926 hat die Bank von Frankreich einen Goldbestand von 2,9 Milliarden Mark, 1930 einen von 7,2 Milliarden. Allen Zeitungslesern wird bekannt sein, in welche Schwierigkeiten der Londoner Goldmarkt versetzt wurde, als die Goldkäufe Frankreichs einsetzten. Mitunter wurde sogar die englische Währung bedroht. Demgegenüber hört die Goldansammlung in Amerika in diesen Jahren auf, dort lagern in den Notenbanken der Vereinigten Staaten 1926 wie heute 19 Milliarden Mark. Es erscheint nach dem Gesagten durchaus logisch, die Weltkrise und das Abbröckeln der Rohstoffpreise mit der Goldverknappung in Beziehung zu bringen, wenn man diese Erscheinungen auch nicht ganz damit erklären kann. Als ein Beweis kann Frankreich ohne Zweifel herangezogen werden, denn dort herrscht großer Goldvorrat und keine Krise. Frankreich aber hat durch seine Goldkäufe den Goldvorrat der Welt künstlich verknappt und deshalb zur Verschärfung der Krise in anderen Ländern beigetragen. Der schwedische Professor Cassel hat vor ungefähr 10 Jahren auf die Gefahren der Goldverknappung hingewiesen und das Herannahen einer Wirtschaftskrise aus diesen Gründen vorausgesagt. Diese Prophezeiung ist mindestens teilweise eingetroffen.

Uns interessiert heute die Frage: Was soll in Zukunft werden? Die Voraussschätzungen für die Goldproduktion sind sehr düster! In Südafrika, das das Hauptproduktionsland ist, wird ein weiteres Absinken der Goldausbeute vorausgesagt. Die Südafrikanische Union hat folgende Schätzungen herausgegeben (in Millionen Pfund Sterling, 1 Pfund Sterling gleich ungefähr 20 Reichsmark):

1930	43,5	1936	34,4
1931	42,5	1939	27,4
1932	43,7	1940	25,5
1933	42,4	1942	20,1
1934	40,7	1944	15,5
1935	39,03	1947	10,0

Wenn diese Voraussschätzungen sich bewahrheiten — und nur durch Entdeckung neuer Goldfelder kann eine Aenderung eintreten —, dann gehen wir einer Zeit immer größerer Kreditverknappung, ständig weichender Preise und ständig steigender Arbeitslosigkeit entgegen.

Dieser Entwicklung kann man nicht mehr abwartend gegenüberstehen. Man wird andere Geldmaßstäbe finden müssen. Das Gold ist ja auch nur willkürlich gewählt, eignet es sich nicht mehr, dann muß man andere Auswege finden.

Der sozialistische Theoretiker Alfred Braunthal schlägt in seinem Werk: „Die Wirtschaft der Gegenwart und ihre Gesetze" eine preisstabile Währung vor. Durch einen Preisindex will er die Preise stabilisieren und dagegen die Valuta, d. i. die Währung, schwankend halten. Dadurch würde zwar der bisherige Vorteil der Stabilität des Wertmaßstabes scheinbar wegfallen, aber die Wirtschaft wäre aus der Goldmisere heraus. Die Schwankungen der Valuten will Braunthal dadurch ausschalten, daß er alle währungspolitischen Entscheidungen in die Hand einer Weltzentralstelle legt, die für die ganze Welt das Preisniveau regelt.

In der Tat, das ist ein Ausweg! Die Entwicklung der gesamten Weltwirtschaft scheint seit einigen Jahren schon auf diese zentrale Regelung hinzuarbeiten. Die Weltwirtschaft wird schon in nächster Zeit alle bestehenden nationalen Schranken überwinden und zur internationalen Organisierung der Wirtschaft schreiten. Nicht nur weil wir wollen, sondern weil wir müssen. Dieses zwingende Muß wird auch dann endlich das nationalistische Phrasengedresch beseitigen; denn die ökonomische Grundlage der menschlichen Gesellschaft wird eine andere und damit auch die herrschenden Ideen.

W. Pl.

*

Im Zusammenhang mit dem Vorstehenden ist die folgende Notiz „Zum italienischen Währungsproblem" nicht ohne Interesse, zumal die deutschen Faschisten wie hypnotisiert auf Italien starren: Die italienischen Staatsfinanzen befinden sich in einer so trostlosen Verfassung, daß jede Bezahlung öffentlicher Schulden, selbst wenn sie nur die Bedeutung einer einfachen Verwaltungsmaßnahme besitzt, von der offiziellen faschistischen Nachrichtenagentur „Stefani" mit der größten Feierlichkeit der erstaunten Mitwelt bekanntgegeben wird. Man kündigt mit Pomp die Bezahlung der Staatscoupons an, die Bezahlung der Zinsen aus den englischen und amerikanischen Schulden und selbst die — sehr geringen und chronisch verschleppten — Verbindlichkeiten aus öffentlichen Arbeiten. Kürzlich hat die Agentur „Stefani" mit besonderer Betonung mitgeteilt, daß die italienische Regierung in Neuyork drei Millionen Golddollar für die Bank von Italien" (Notenbank) angekauft hat; — wenn man am Hungertuche nagt, dann allerdings scheint schon der geringste Zuwachs ein Riesenvermögen zu sein!

In dem gegenwärtigen Fall hat der Faschismus den Ankauf einer gewissen Menge Goldes „gestattet". Aber, damit wir klar zu sehen vermögen, müssen wir prüfen, welches im allgemeinen die Goldbestände und Goldreserven der großen europäischen Notenbanken sind, und welche Verschiebungen darin seit dem Kriegsende stattgefunden haben. — Das einfachste Verfahren ist, die Goldmengen auf USA-Dollar umzurechnen; diese Berechnung ist in der Bank Crédit Italien durch Mario Alberti vorgenommen worden, der — nach den Behauptungen der Faschisten — der große Finanzmann Italiens ist. Nach Alberti haben in den Jahren 1913 und 1930 die effektiven Goldbestände bei den großen Notenbanken betragen (in USA-Dollar):

	1913	1930	Unterschied
Vereinigte Staaten von Amerika	1924	3700	+ 1776
England	170	748	+ 578
Frankreich	679	2822	+ 2143
Deutschland	279	624	+ 345
Spanien	93	477	+ 384
Schweiz	33	117	+ 84
Schweden	27	65	+ 38
Holland	61	156	+ 95
Italien	288	274	— 14

Man erkennt aus dieser von einem der höchsten Funktionäre des faschistischen Italiens aufgestellten Berechnung unschwer, daß einzig und allein im „siegreichen" Italien die Goldbestände sich unter den Stand von 1913 gesenkt haben; und selbst nach dem Ankauf der erwähnten 3 Millionen Golddollar bleibt die Situation unverändert die gleiche. — Ebenso beobachten wir einen ständigen Rückgang der Bestände an sogenannten Goldtiteln (Devisen und Banknoten ausländischer Staaten). Diese Lage hat sich zwangsläufig ergeben müssen und ergeben aus dem faschistischen Wirtschaftssystem, das eine Stabilisierung der italienischen Währung auf einem völlig unmöglichen Stand „diktatorisch" festzusetzen sich unterfangen hat!

Arbeitslos

Manchen Tag
verträumen wir auf Brücken.
Welch Bedrücken,
wenn die Wellen schnellen Laufs zerrinnen.
So zerfließen, so entrinnen
unsre Tage in den leeren Raum der Zeit.
Bitterkeit
heißt unser Fluß,
Warten, warten unser Muß.

Morgens
wir am Fenster stehen,
sehen Kommen, Gehen
zwischen Ruh und Schicht.
Uns ruft die Fabriksirene nicht.
Müssen zuschaun, wie aus Fleiß und Mühn
Blumen des Geborgenseins erblühn.
Arbeit ist gewiß ein Joch,
ach, wie gerne trügen wir es doch,
ach, wie gerne trügen wir die Plage,
statt der aufgezwungenen toten Feiertage.

Mittags
kocht das Mahl der Mangel,
steht der Hunger zwischen Tür und Angel.
Jeden Abend, Schaffenden die Rast,
sitzt bei uns der träge Gram zu Gast.
Nacht ist tiefe, dunkle Kluft.
Weh, wenn uns der grelle Morgen ruft,
wiederum zum Bettelgang verdammt:
Arbeitsamt! Arbeitsamt!

So zermürbt,
daß das Leben stückweis stirbt.
Selbst zum Aufruhr reichts nicht mehr.
Schlaff der Arm, der Kopf gedankenleer.
Schmäht nicht, die sich scheu verdrücken,
vor dem grauen Nichts die Schulter bücken . . .
Die ihr an den vollen Schüsseln sitzt,
ja, ihr fühlt euch wohlgeborgen,
denn euch plagen nur die Sorgen,
ob der Staat das Eigentum beschützt.

Manchen Tag
verträumen wir auf Brücken
und wir blicken
unverwandt ins Wellenspiel.
Naht, entfernt sich unser Ziel?
Ist's der Fluß, der da von dannen zieht?
Wer ermißt, was uns an Leid geschieht!
Stein um Stein mählich zum Sand zerrieben,
wer erreicht die Mündung, wer wird abgetrieben?
Wissen wir's, im Mahlstrom eingekeilt,
weiß die Welle, warum sie enteilt?

Julius Zerfaß.

Die Bedeutung der amerikanischen Wahlen

Das Ergebnis der Wahl zum amerikanischen Kongreß, das heißt die Neuwahl aller Mitglieder des Hauses und eines Drittels der Mitglieder des Senats hat mit Recht die Aufmerksamkeit der Welt auf sich gezogen. Die überragende Geltung der Vereinigten Staaten in der Weltpolitik und Weltwirtschaft macht dies erklärlich. Wenn auch der Wahlerfolg der Demokraten nicht dazu gereicht hat, um dieser Partei die Mehrheit in beiden Parlamenten zu verschaffen, so muß es doch uneingeschränkt als ein Sieg derselben bezeichnet werden, wenn es ihnen nach 1928, als der Republikaner Hoover mit einer Mehrheit wie vor ihm kein zweiter zum Präsidenten gewählt wurde, jetzt geglückt ist, die Mehrheit der Republikaner im Parlament zu erschüttern.

Die Wahl ist zugleich eine große Niederlage Hoovers, weil sie die Unzufriedenheit weiter republikanischer Schichten mit der bisherigen Amtstätigkeit des Präsidenten Hoover zum Ausdruck bringt. Viele Republikaner sind ihrer Partei untreu geworden, weil sie das Gefühl haben, daß es nicht so weiter geht. Hoover hat nämlich als Politiker versagt. Er war früher als Ingenieur, als Organisator und auch als Wirtschaftsminister außerordentlich erfolgreich. Weite Kreise des amerikanischen Volkes sahen deswegen in ihm 1928 den großen kommenden Präsidenten, wählten ihn, weil sie glaubten, daß er, der von Wirtschaft soviel verstände, den Bedürfnissen der amerikanischen Wirtschaft weitgehend gerecht würde. Sie übersahen, daß auch für die Wirtschaft der der beste Präsident ist, der der beste politische Führer ist. Hoover ist aber kein politischer Führer, ihm fehlt sogar die ausgesprochene politische Begabung. Hoover versteht nicht, das Volk zu führen, er versteht auch nicht, zwischen den verschiedenen Interessenten und Wünschen einen Ausgleich herbeizuführen, die politischen Führer zu bearbeiten, für seine Ideen zu gewinnen. Deswegen ist er nirgends, weder bei den politischen Führern, noch beim Volk je richtig beliebt gewesen. Hinzu kommt eine Wirtschaftskrise, wie sie dieses Land nur selten erlebt hat. Also folgten viele Wähler der Parole: Weg mit Hoover! Aus dieser Stimmung heraus ist es zu verstehen, daß die Demokraten in vielen Staaten, wie zum Beispiel in Neuyork, eine Mehrheit erlangt haben wie nie zuvor, daß sie in anderen Staaten die seit Jahrzehnten bestehende republikanische Mehrheit gesprengt haben. Dieser Wahlsieg der Demokraten erinnert also etwas an den Wahlsieg der Nationalsozialisten in Deutschland.

Wie wird sich dieser Einfluß der Demokraten auswirken? Was ist zu erwarten, wenn die Demokraten bei Nach- oder Neuwahlen die Mehrheit erlangen, wenn einige fortschrittliche Republikaner offen zu ihnen übertreten, wenn gar ihr Kandidat Roosevelt 1932 zum Präsidenten gewählt wird? Um eine solche Frage zu beantworten, ist man in Europa gewohnt, die Parteien und ihre Programme zu vergleichen. Ein Vergleich der amerikanischen Parteien untereinander und auch mit europäischen ist kaum möglich, weil die beiden Parteien, die in Amerika absolut vorherrschen, die republikanische und die demokratische keine Parteien im eigentlichen Sinne des Wortes, sondern nur Parteimaschinen sind. Es sind Parteimaschinen, für die es darauf ankommt, irgendwie und irgendwo die Mehrheit zu erringen, um den staatlichen Apparat zu erobern und mit den eigenen Leuten zu besetzen. Ueberall, an jedem Ort, in jedem Einzelstaat und im Gesamtstaat, existieren zwei Gruppen. Die eine herrscht, die andere wartet in der Opposition ab, bis die herrschende Gruppe so viele Fehler begangen hat, daß das Volk einmal die andere Maschine arbeiten läßt. Jetzt hat sich das Volk weitgehend für eine Ersetzung der republikanischen Maschine durch die demokratische ausgesprochen.

Im Programm beider Parteien bestehen jetzt sachlich kaum Unterschiede. Beide Parteien sind für die Aufrechterhaltung des Kapitalismus, für Hochschutzzollpolitik usw. Doch aus Gegensätzen in früheren Jahrzehnten hat sich ein gewisser Gegensatz der Mentalität entwickelt, der am besten durch die von beiden Parteien akzeptierten Abzeichen zu charakterisieren ist. Die republikanische Partei ist die Partei des Elefanten, der behäbig, zielsicher und sorgenlos als der Größte der Großen einherschreitet. Die Republikaner gewinnen, wenn es allen gut geht. Die demokratische Partei ist die des dummen Esels, der überall das Nachsehen hat, gegen den großen Elefanten nicht ankann, aber doch aufpaßt, ob sich der Elefant nicht eine Blöße gibt und sich somit einige Siegesaussichten zeigen. Jetzt, wo es überall in Amerika schief geht, hat der Elefant einige Blößen gezeigt, hat der Esel das Rennen gemacht.

Um das Banner der demokratischen Partei sammeln sich die wenig von Natur Begünstigten und Begüterten, die Unterdrückten und in Sorgen Lebenden. So wählen fast überall die Arbeiter demokratisch, solange sie sich unterdrückt fühlen. Doch sobald sie ein ansehnliches Bankkonto haben, wählen sie republikanisch. So kann man weder die demokratische noch die republikanische Partei als ausgesprochene Partei der Arbeiter bezeichnen, zumal beide Parteien auch von anderen Schichten gewählt werden, die demokratische z. B. von den Großgrundbesitzern des Südens, die einst von den Wirtschaftskreisen des Nordens unterdrückt wurden.

So ist auch die Frage schwer zu beantworten, was dieser Wahlsieg der Demokraten für die amerikanische Arbeiterschaft bedeutet. Die eigentliche Arbeiterbewegung hat ja auch bei dieser Wahl keinen Kandidaten durchbringen können, es ist nur je ein Farmerarbeiterparteiler in den Senat und ins Haus gewählt. Alle anderen Gewählten sind entweder Republikaner oder Demokraten. Der Wahlsieg der Demokraten im Staate Neuyork ist nun ohne Zweifel als ein Wahlsieg der Neuyorker Arbeiter aufzufassen, denn die Neuyorker Arbeiter sehen nun einmal in der demokratischen Partei ihre Partei, und die demokratische Partei im Staate Neuyork muß sich weitgehend nach den Wünschen der Arbeiterschaft richten. Aber auch unter den wiedergewählten Republikanern befinden sich sehr viele Abgeordnete, die die Forderungen der Arbeiterschaft stets energisch vertreten haben und als Arbeiterführer anzusehen sind. Nennen möchten wir den Senator Norris aus Nebraska. Die amerikanischen Gewerkschaften haben ja aus dieser Sachlage die einzig mögliche Konsequenz gezogen, sie arbeiten eng mit beiden Parteien zusammen.

Doch da die Demokraten in stärkerem Maße als die Republikaner auf die Wünsche der Arbeiterschaft Rücksicht nehmen, ist selbstverständlich vom Standpunkt der Arbeiterschaft dieser Wahlsieg der Demokraten positiv zu werten. Die Demokraten werden jetzt manches den Arbeitern gegebene Versprechen einzulösen haben,

Die Arbeiterwohlfahrt kann sich nicht nur auf ihre errungenen Erfolge stützen, sondern sie verbindet auch die Aufbringung der so nötigen Mittel mit Gegenleistungen für die Geber. Durch eine staatlich genehmigte Lotterie sollen viele Geber, d. h. Erwerber der Lose, glückliche Gewinner werden. An alle Freunde ergeht der Ruf: **Erwerbt die Lose der Arbeiterwohlfahrts-Lotterie,** stärkt damit die Mittel und Kräfte der Arbeiterwohlfahrt, fördert ihre Entwicklung und Entfaltung.

Gemeinsame Maßnahmen zum Preisabbau. Am 17. November traten die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des AfA-Bundes, der Sozialdemokratischen Partei und des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine im Bundeshaus des ADGB. zu einer Besprechung zusammen, um die Möglichkeiten eines durchgreifenden Abbaues der Preise für die Gegenstände des täglichen Bedarfes zu erörtern. Die Vertreter der Konsumgenossenschaften schilderten an reichem Zahlenmaterial die von ihnen selbst seit dem letzten Jahr durchgeführten Preisermäßigungen und wiesen auf die steuerlichen und gesetzlichen Hemmungen hin, durch die ihre gesamte Tätigkeit und damit auch die Fortführung der Preisabbauaktion zur Zeit erschwert wird. Sie kennzeichneten an einer Reihe von Beispielen die Unzulänglichkeit der Ergebnisse der bisherigen, von der Regierung eingeleiteten Aktion. Die Konsumgenossenschaften würden aber trotz dieser starken Widerstände überall, wo sich die Möglichkeit biete, weitere Preissenkungen vornehmen. Die Vertreter der Spitzenorganisationen kamen überein, durch planmäßiges Zusammenwirken der Gewerkschaften, der Sozialdemokratie und der Konsumgenossenschaften einen verschärften Kampf um den Abbau der Preise zu führen.

Personenkreis der Krisenfürsorge

Auf unsere Eingaben an die Landesarbeitsämter liegen nachstehende weitere Entscheidungen vor:

Das Landesarbeitsamt Mitteldeutschland hat in allen Gemeinden ohne Rücksicht auf die Einwohnerzahl die Angehörigen aller Berufe zum Bezuge der Krisenunterstützung zugelassen. Ausgenommen sind lediglich die landwirtschaftlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sowie Hauspersonal (Hausangestellte, Aufwarte- und Waschfrauen, Lohndiener usw.), ferner in allen Berufsgruppen die Arbeitslosen unter 21 Jahren.

Das Landesarbeitsamt Hamburg hat die nachstehend aufgeführten Stadt- und Landgemeinden hinsichtlich der Krisenunterstützung den Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern gleichgestellt:

1. Arbeitsamtsbezirk Oldesloe:
   a) Die Gemeinden des Landkreises Herzogtum Lauenburg südlich der Bahn Hamburg—Buchen, einschließlich der Stadt Lauenburg/Elbe.
   b) Die Gemeinden des Landkreises Stormann westlich der Bahnlinie Segeberg, Bad Oldesloe, Schwarzenbeck.
2. Arbeitsamtsbezirk Elmshorn:
   a) Die Gemeinden des Kreises Pinneberg, soweit sie zum Wirtschaftsgebiet Groß-Hamburg gehören. Die Abgrenzung bleibt dem Vorsitzenden des Arbeitsamtes im Benehmen mit den Bezirksfürsorgeverbänden vorbehalten.
   b) Die Gemeinden der Wirtschaftsbezirke Itzehoe und Elmshorn (Abgrenzung wie bei a).
3. Arbeitsamtsbezirk Flensburg:
   a) Die Gemeinden des Wirtschaftsgebiets Flensburg: Kupfermühle, Niehuus, Harrislee, Süderup.
   b) Die Ortschaften des Wirtschaftsgebietes Husum: Rödemis und Osthusum.
4. Arbeitsamtsbezirk Güstrow:
   Die Gemeinde Teterow.
5. Arbeitsamtsbezirk Hamburg:
   Sämtliche Gemeinden des Arbeitsamtes Hamburg.
6. Arbeitsamtsbezirk Heide:
   Die Gemeinde Brunsbüttelkoog.
7. Arbeitsamtsbezirk Kiel:
   a) Sämtliche zum Wirtschaftsgebiet der Stadt Kiel gehörenden Gemeinden westlich und nördlich der Linie Schönberg—Preetz und Preetz—Bordesholm (einschließlich dieser Gemeinden).
   b) Die Gemeinden Plön, Ascheberg, Lütjenburg, Darry und Panker.
8. Arbeitsamtsbezirk Lübeck:
   a) Sämtliche Gemeinden des Freistaates Lübeck (mit Ausnahme der Exklaven).
   b) Die zum Wirtschaftsgebiet der Stadt Lübeck gehörenden Gemeinden Stockelsdorf, Rensefeld, Bad Schwartau, die Dorfschaften Seeretz und Herrnburg.
9. Arbeitsamtsbezirk Neumünster:
   Die Gemeinden des Wirtschaftsgebietes Neumünster: Brachenfeld, Wittdorf, Gadeland, Tungendorf, Einfeld, Wasbeck, Bordesholm.
10. Arbeitsamtsbezirk Rendsburg:
    a) Die Gemeinden des Wirtschaftsgebietes Rendsburg: Büdelsdorf, Borgstedt, Fockbek, Nübbel, Westerrönnfeld, Osterrönnfeld und Schacht-Audorf.
    b) Die Gemeinden des Wirtschaftsgebietes Nortorf: Nortorf, Thienbüttel, Schulp, Gnutz, Borgdorff-Seedorf.
11. Arbeitsamtsbezirk Rostock:
    Die zum Wirtschaftsgebiet der Stadt Rostock gehörenden Gemeinden. Die Abgrenzung bleibt dem Vorsitzenden des Arbeitsamtes im Benehmen mit den Bezirksfürsorgeverbänden überlassen.
12. Arbeitsamtsbezirk Schleswig.
    Die Gemeinden Eckernförde und Borby.
13. Arbeitsamtsbezirk Schwerin:
    Die zum Wirtschaftsgebiet der Stadt Schwerin gehörenden Gemeinden. Die Abgrenzung bleibt dem Vorsitzenden des Arbeitsamtes im Benehmen mit den Bezirksfürsorgeverbänden überlassen.
14. Arbeitsamt Stade:
    Die Gemeinde Kuxhaven mit sämtlichen Gemeinden, die nach dem Beschluß des Verwaltungsausschusses im Sinne des § 107c AVAVG. zum Wirtschaftsgebiet gehören.
15. Arbeitsamtsbezirk Waren.
16. Arbeitsamtsbezirk Wismar.

In den übrigen Teilen des Arbeitsamtsbezirks sind neben noch anderen Berufen die Angehörigen des Steinsetz- und Pflasterergewerbes ebenfalls restlos zugelassen. Die Angehörigen der Natursteinindustrie sind außer in den vorstehend genannten Gemeinden auch in den nicht genannten Stadtgemeinden des Hamburger Landesarbeitsamtsbezirks zur Krisenfürsorge zugelassen.

Selb. Die am 1. November abgehaltene Versammlung der Zahlstelle hat sich mit folgender Tagesordnung beschäftigt: 1. Abrechnung pro 3. Quartal. 2. Tarifrechner. 3. Tarifangelegenheiten. 4. Betriebsangelegenheiten. 5. Wünsche und Anträge. Der Vorsitzende Thüring heißt die zahlreich erschienenen Kollegen willkommen. Die vorgetragene Abrechnung des Kassierers Rauch war gewissenhaft geführt, wie die Revisoren bekundeten, und wurde für richtig befunden; Entlastung wurde erteilt. Die Einnahmen der Lokalkasse betrug 461,09 Mark, die Ausgaben 72,67 Mark; bleibt ein Bestand von 388,42 Mark. Der Punkt „Tarifrechner" wurde auf Antrag des Kollegen Solbrig von der Tagesordnung gestrichen. Ueber „Tarifangelegenheiten" wurde eingehend diskutiert und folgender Beschluß gefaßt: Die Kollegen von Selb können sich mit der Kündigung des Lohnabkommens nicht einverstanden erklären, da die gegenwärtige Wirtschaftskrise mit der Lohnkündigung nicht im Einklang steht. Auch über „Betriebsangelegenheiten" wurde eingehend gesprochen. Die Ortszulage auf den Tarif konnte nicht mehr in voller Höhe gehalten und gegen Abzug nichts unternommen werden. Für den weiteren Lohnabbau der Zeitlohnarbeiter soll Klage beim Arbeitsgericht anhängig gemacht werden. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde angenommen. Der Vorsitzende ermahnte die Kollegen, mehr Gerechtigkeitssinn und mehr Selbstvertrauen zu haben. Dann wurde beschlossen, eine Weihnachtsfeier zu veranstalten. Zu dieser Feier soll ein „Glückshafen" geführt werden. Mit einem kurzen Appell zur Einigkeit schloß die Versammlung.

*

Am 6. November hielt die Zahlstelle eine gutbesuchte Versammlung in der Zentralhalle ab. Nach Erledigung der geschäftlichen Zahlstellenangelegenheiten entspann sich über „Lohnabbau" eine längere und scharfe Kritik am Verhalten der Unternehmer. Wer den Standpunkt der Unternehmer in der Steinindustrie von früheren Lohnverhandlungen her kennt, der wird sich auch jetzt nicht groß wundern über die Zumutungen, die sie jetzt an die bayrischen Steinarbeiter stellen. Es ist ja nur ein Lohnabbau von — 18 bis 23 Prozent; für die Unternehmer jedenfalls eine Kleinigkeit. Die Steinarbeiter sind schließlich das Hungern noch gewohnt aus der Inflationszeit, warum sollen sie es jetzt nicht auch noch können? Die Unternehmer begründen den gewollten Lohnabbau auf die herrschende Konkurrenz und auf den allgemeinen Preisabbau. Wie aber dieser Preisabbau in solchen Artikeln, die hauptsächlich die Arbeiterschaft verkonsumiert, aussieht, das werden wohl die Kollegen auch außerhalb Selb schon bemerkt haben; geködert wird das Publikum nur mit Zeitungsinseraten, doch von einer tatsächlichen Preissenkung ist bisher kaum etwas zu merken. Was den Unternehmern ihre Konkurrenz anbetrifft, so mögen sich doch die Unternehmer bei ihren Kollegen beklagen, die kein Mittel unversucht ließen und alle erdenklichen Schikanen anwendeten, bis sie ihre Belegschaften so weit hatten, um unter Tarif zu arbeiten. Hätten sie doch ihre Auch-Unternehmer-Kollegen angehalten, die Tarifverträge einzuhalten, so würde jedenfalls diese Schmutzkonkurrenz nicht geboren worden sein. Also haben sie keinen Anlaß, den Arbeitern darüber ein Lamento vorzumachen. Bei ihren Kollegen ist es weit besser am Platz als bei den Arbeitnehmern. Die Unternehmer in der bayrischen Steinindustrie scheuen sich nicht, unsere mehr als kärglichen Löhne gleich um ein Viertel zu kürzen. Dagegen müssen wir uns ganz entschieden wehren; denn die Arbeit hat doch letzten Endes nur Sinn und Zweck, wenn sie ihren Mann auch ernährt. Nach den Wünschen der Unternehmer ist aber diese Voraussetzung nicht mehr gegeben. Darum, Kollegen, heraus aus der Lethargie! Jeder muß seinen Mann stellen, dann werden wir den Hieb, der auf uns abgezielt ist, auch parieren und bei der nächstbesten Gelegenheit schärfer zurückgeben.

Pappenheim. Die Zahlstelle hatte am 25. Oktober 1930 ihre Quartalsversammlung; sie befaßte sich mit dem Ausschluß des Kollegen Christian Glöckel (Pappenheim). Anwesend war Bezirksleiter Schorr (Uebermatzhofen). Dieser erklärte den Anwesenden den Ausschluß Glöckels als gerechtfertigt. Vom Bezirksleiter brieflich zur Versammlung eingeladen, konnte Glöckel aber nicht erscheinen, da ihn einige Tage vorher ein Betriebsunfall betroffen hatte. Der Ausschluß erfolgte wegen eines 19wöchigen Beitragsrückstandes und wegen unwahrer Aeußerungen gegen die Zahlstellenverwaltung im Betrieb. Bezirksleiter Schorr kontrollierte auf Grund dieser Aeußerungen Verbandsbücher und Beitragslisten; alles wurde für korrekt befunden. Somit sind die Aeußerungen des Ausgeschlossenen unwahr. Auf Antrag der Versammlung soll dieser Vorgang im „Steinarbeiter" erscheinen, damit unsere Nachbarzahlstellen dem Glöckel keinen Glauben schenken.

Frankfurt a. M. Am 14. November tagte hier eine allgemeine Pflasterer-Versammlung, die sich mit der Kündigung der „Tariflöhne durch die Unternehmer" zu befassen hatte. Durch die Kündigungen der Lohnbestimmungen des Bezirkstarifvertrages vom 15. Mai 1929 laufen die Löhne und Bestimmungen über Zuschläge aus diesem Vertrage am 4. Dezember 1930 ab. Nachdem Kollege Mahr die Situation, in der wir uns zur Zeit befinden, den Kollegen klar vor Augen geführt, und auf den reaktionären Plan der Unternehmer (Abbau des Pflastererlohnes auf Bauarbeiterlohn) aufmerksam gemacht hatte, setzte eine Diskussion ein, die zu erkennen gab, daß die Pflasterer in ihrer Gesamtheit volles Vertrauen zu ihrer Organisation haben und auch nicht vor dem Letzten zurückschrecken, um die Pläne der Unternehmer zu unterbinden. Nicht Herabsetzung der Löhne unter Beibehaltung der Arbeitszeit, sondern Herabsetzung der Arbeitszeit und entsprechende Erhöhung der Löhne. Das ist die Losung der organisierten Arbeiterschaft im Pflasterergewerbe. Folgende Entschließung fand einstimmige Annahme:

„Die heute am 14. November 1930 im Restaurant Dittmar zu Frankfurt a. M. stattfindende Pflasterer-Versammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der erfolgten Kündigung der Lohnbestimmungen des Bezirkstarifvertrages für das Pflasterergewerbe. Wenn der Mitteldeutsche Arbeitgeber-Verband für das Baugewerbe glaubt, seine reaktionären Pläne auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen zuerst bei den Pflasterern verwirklichen zu können, dann wird er bei der Fachgruppe der Pflasterer auf Granit beißen. Einmütig ist die Versammlung der Auffassung, daß jeder Versuch der Lohnreduzierung auf den stärksten Widerstand der gesamten Pflasterer stoßen muß. Von jedem einzelnen wird verlangt, daß er dazu beiträgt, den Abwehrkampf ebenso einmütig zu gestalten, als die Kämpfe in der Vergangenheit um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Die Versammlung verlangt von der Verbandsleitung, mit allen Mitteln diesen Kampf zu unterstützen und auch nicht vor dem Letzten zurückzuschrecken, um den reaktionären Plan der Unternehmer zu verhindern."

Mittweida. Am 15. November fand unsere Monatsversammlung statt, zu der Genosse Oberinspektor Hoffmann ein Referat über „Wohlfahrtspflege und Wirtschaftskrise" hielt. Eingangs seiner Rede führte Hoffmann aus, daß die zwei Kapitel: Wohlfahrtspflege und Wirtschaftskrise gegenwärtig eine große Rolle spielen. Sehr eingehend schildert der Redner die Vielseitigkeit der Wohlfahrtseinrichtung, wenn auch noch sehr viel daran zu verbessern sei, so sind auf diesem Gebiet große Fortschritte gegen die Vorkriegszeit gemacht worden. Erinnert braucht von damals nur werden, wer z. B. Armenunterstützung empfing, besaß kein Wahlrecht und hatte Wirtschaftsverbot. Innerhalb Deutschlands steht Sachsen betreffs Wohlfahrt an erster Stelle. Leider nehmen wir auch die Spitze in der Wirtschaftskrise ein, den Reichsdurchschnitt in der Erwerbslosigkeit überschreitet Sachsen um 16 Prozent. (Unsere Zahlstelle überschreitet diesen Prozentsatz noch um vieles mehr, zur Zeit stehen kaum noch 10 Prozent in Arbeit und auch diese Wenigen arbeiten zum Teil nur drei Tage.) Genosse Hoffmann stellt sich auf den Standpunkt, den der ADGB. einnimmt, die Arbeitszeit unbedingt auf 40 Stunden zu verkürzen mit Lohnausgleich, die Altersgrenze für Altersrentner in der Invalidenversicherung auf 60 Jahre herabzusetzen, schließlich kommt noch ein 9. Schuljahr für unsere Volksschulen in Frage, dann müßte ganz bestimmt die große Zahl Erwerbsloser weniger werden. — Nach kurzer Pause tritt eine lebhafte Aussprache über dieses Thema ein. Mehrere Anfragen konnte der Redner in seinem Schlußwort den Kollegen zur Zufriedenheit klären. Vorsitzender Kollege Kunze dankt im Namen der Versammlung dem Genossen Hoffmann für seinen aufklärenden Vortrag. Im weiteren erläutert Kollege Kunze noch einmal die Sonderunterstützung des Verbandes. In Mittweida werden mindestens 60 Kollegen diese Weihnachtsbeihilfe erhalten. Mehrere Schreiben wurden verlesen. Dann wird daran erinnert, daß die Erwerbslosenmarke mit Invalidenbeitrag 20 Pfg. beträgt. Kollege Mühle teilt mit, daß die Klage gegen die Granitwerke Krebs zu unseren Gunsten ausgefallen ist. Die Firma hatte Arbeiter entlassen, ohne Stillegung beim Arbeitsministerium anzumelden. Nach einem kurzen Kartellbericht gibt der Vorsitzende bekannt, daß die Firma Hofmann (Eichberg) Konkurs angemeldet hat und fordert die Kollegen, die noch Anspruch auf Lohn oder Ferien haben, sich bei ihm zu melden. Diese Versammlung zu besuchen, hätte den nicht anwesenden Kollegen sicherlich genützt, sie gestaltete sich äußerst interessant.

Vom Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen

1. Gau: In Greifenhagen ist die Baustelle des Straßenbau-Unternehmers August Wendtland wegen Nichtzahlung des Lohnes gesperrt.

7. Gau: Im Münchner Steinsetzgewerbe bestehen sehr ernste Lohndifferenzen, die jeden fremden Kollegen von München fernhalten.

*

Aus dem Fichtelgebirge. Der Verband bayrischer Granitwerke, der die Lohnvereinbarungen für den Granitwerkstein sowie den bayrischen Schleifereitarif zum 31. Oktober d. J. gekündigt hat, zwecks Lohnabbau, will diesen Abbau durch diktatorische Maßnahmen durchsetzen. Mit Aushang vom 17. November wurden, trotzdem der Verhandlungsgang noch nicht erschöpft ist, die Kollegen mehrerer Betriebe vor die Alternative gestellt, entweder einen 10- bis 18prozentigen Lohnabbau über sich ergehen zu lassen, oder das Arbeitsverhältnis als gelöst zu betrachten. Trotz Einspruchs und Hinweises auf die zum großen Teil bestehende 14tägige Kündigungsfrist beharrten die betreffenden Betriebsunternehmer bei ihren Maßnahmen. Die Folge dieser Maßnahmen, die besonders von einigen Großfirmen rücksichtslos zur Anwendung gebracht wurden, ist, daß in einer Anzahl Betrieben die Arbeit nicht fortgesetzt werden konnte. Arbeitslose Kollegen werden daher dringend ersucht, angebotene Arbeit in diesen Betrieben abzulehnen, selbstverständlich muß jeder Zuzug nach dem Fichtelgebirge unterbleiben.

Aehnlich wie vorstehend geschildert sind Differenzen in **Metten-Edenstetten** (Bayr. Wald) entstanden. Auch nach dort hat jeder Zuzug zu unterbleiben.

*

Im Auslande darf die gewerkschaftliche Organisation und die Mitarbeit in ihr nicht versäumt werden. Wer es unterläßt, sich im Auslande bei der betreffenden Organisation anzumelden, verliert selbstverständlich seine Rechte bei evtl. Rückkehr im heimatlichen Verband. Nachzahlungen von Beiträgen in der Heimat, die im Auslande hätten geleistet werden müssen, sind unzulässig.

*

Zur Beachtung: Von Sperren usw. muß der Redaktion mindestens im Zwischenraum von 2 Wochen kurze Mitteilung zugehen, sonst unterbleibt die weitere Bekanntmachung.

---

bei einem geschickten parlamentarischen Arbeiten wird es möglich sein, für diese Forderungen die Zustimmung der unabhängigen Republikaner zu gewinnen, doch werden anderseits einige Demokraten des Südens weitgehenden sozialpolitischen Vorschlägen ihre Zustimmung versagen. Es wird in diesem neuen amerikanischen Parlament sehr viel zugunsten der Arbeiterschaft zu erreichen sein, doch wird es sich jetzt zeigen müssen, ob diese Parteimaschinen in der Lage sind, die Kernforderungen der Arbeiterschaft, der Gewerkschaften durchzusetzen. Wird es nicht der Fall sein, dann werden sicherlich weite Kreise der Arbeiter bei einer neuen Wahl, nach einer weiteren Periode der Depression sich von diesen Parteimaschinen abwenden und eine eigene Arbeiterpartei gründen. Aber das sind Zukunftsmöglichkeiten, die heute noch nicht als realisierbar erscheinen. Heute glauben vor allem noch die amerikanischen Gewerkschaften, daß sie mit Hilfe dieser Parteimaschinen auf gesetzlichem Wege das durchsetzen können, was sie erreichen wollen.

Mit einigen Worten wollen wir noch auf diese Wahl als den Sieg der Nassen eingehen. Es ist an vielen Stellen, ohne daß sich eine Parteimaschine in dieser Beziehung festgelegt hätte, der Wahlkampf unter der Parole: Naß oder trocken, für oder gegen das Alkoholverbot geführt worden. Wo unter dieser Parole gekämpft wurde, haben meist die Nassen gesiegt, doch ist insgesamt höchstens ein Fünftel der Abgeordneten zu den ausgesprochen Nassen zu rechnen. Deswegen ist fürs erste, zumal große verfassungsrechtliche Schwierigkeiten zu überwinden wären, nicht mit einer Beseitigung des Alkoholverbotes zu rechnen. Eventuell wäre eine gewisse Milderung oder Linderung der jetzigen Bestimmungen zu erwarten. Die Mehrheit der Bevölkerung, besonders im Westen und im Süden, begrüßt das Alkoholverbot. Die amerikanische Wahl dürfte aber gezeigt haben, daß die wirtschaftlichen Zustände mehr oder weniger die politischen Geschicke bestimmen. Denn ohne Krise wäre dieser Umschlag nicht eingetreten.

Dr. Wilhelm Grotkopp.

Bücher und Zeitschriften

Fritz Rosenfeld: **Die goldene Galeere.** Ein Roman aus der Filmindustrie. E. Laubsche Verlagsbuchhandlung, G. m. b. H., Berlin W 30. 320 Seiten. Brosch. 3,40 Mark, Leinen 4,80 Mark, Org.-Ausgabe 3,60 Mark.

Der Verfasser zeigt das soziale Gesicht der Filmindustrie, zeigt, wie das Geschäft über den Geist triumphiert, die einträgliche Mache über die Kunst; er zeigt, wie das laufende Band der Amüsierfilmerzeugung junge Talente vernichtet, junge Schauspieler in einer Schablone erstarren läßt, junge Dichter zwingt, sich zu prostituieren. Und er versucht darüber hinaus aufzuzeigen, wie diese Filmindustrie in den geistigen Machtapparat der herrschenden Klasse eingebaut ist, wie sie, oft bewußt, meist unbewußt die ungeheure Eindrucksgewalt des Films auf die Massen im Interesse der Befestigung und der Verherrlichung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung verwendet. Zwei Gestalten greift Fritz Rosenfeld aus der Menge der jungen Menschen heraus, die auf diesen Galeeren des Geistes gefangen sind: eine junge Schauspielerin, deren künstlerischer und menschlicher Charakter von der Filmindustrie zerstört wird, und einen jungen Filmdichter, der sich nach langem Kampf gegen den Ungeist der Filmindustriellen durchsetzt, als es ihm endlich gelingt, ohne das Geld der kapitalistischen Filmindustrie einen seiner filmischen Träume zu verwirklichen. Der Roman spielt in Berlin; in der Ferne ragt die Silhouette von Hollywood, der Stadt, von der aus der kapitalistische Film seine Feldzüge gegen den Geist und gegen die Befreiung der Menschheit lenkt. Das Buch von Fritz Rosenfeld will Aufklärung über das wahre Gesicht des kapitalistischen Films schaffen

Rundschau

Die westdeutsche Schwerindustrie fordert einen Lohnabbau von 20 v. H. Jedesmal, wenn der Langnamverein zusammenkommt, kann man darauf rechnen, daß die Oeffentlichkeit von Scharfmacherworten größter Art erfüllt ist. Die westdeutsche Schwerindustrie hat von jeher rücksichtslos die Interessen des Unternehmertums zum Ausdruck gebracht. In der am Anfang November stattgefundenen Kundgebung rühmte der Vorsitzende den Mut der Unpopularität als besondere Eigenschaft ganz besonders. Man sprach von Opfern, die jeder zu bringen habe, wobei man begreiflicherweise vor allem an die Opfer des arbeitenden Volkes dachte. Wie die Schwerindustrie über die Opfer denkt, kann aus einem Satz der Eröffnungsrede herausgelesen werden. Nachdem Dr. Springorum von den Absichten der Reichsregierung gesprochen hatte, sagte er: „Ich denke hier namentlich an den angekündigten Abbau der Subventionspolitik, der von den betroffenen Wirtschaftszweigen und Einzelunternehmungen gewiß Opfer schwerster Art fordert, Opfer, die bis zur Preisgabe ihrer Existenz gehen können.“ Also die Einstellung der staatlichen Unterstützung einzelner Wirtschaftszweige und Unternehmungen erachten diese Herren als „Opfer schwerster Art“. Sie scheinen es gewohnt zu sein, aus öffentlichen Mitteln unterstützt zu werden. Ueber die Bedeutung der Preissenkung für Volks- und Weltwirtschaft sprach der bekannte Textilindustrielle Müller, Oerlinghausen. Zitieren wir aus dieser Rede einen Satz: „Die Bilanz einer echten Preissenkungsaktion führt zu dem Ergebnis, daß bei richtiger Ansetzung aller Kräfte ein 20prozentiger Lohn- und Gehaltsabbau tatsächlich ohne jede Einschränkung der Gesamtkaufkraft durchführbar ist und allein in diesem Ausmaß von durchgreifender Wirkung nicht nur auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch auf dem Zins- und Kapitalbedarf sein würde.“ Dieser Satz charakterisiert diese Tagung zur Genüge. Es ist zwecklos, die übrigen Redner zu erwähnen. Was ein Abbau der Löhne um 20 Prozent für ein Hungerdasein bedeuten würde, braucht hier nicht näher ausgeführt zu werden. Aber dieses Dasein würde das Ideal der westdeutschen Schwerindustrie. Man muß den Herren für ihre schonungslose Offenheit dankbar sein. Die Arbeiterschaft müßte daraus lernen, was sie zu erwarten hat, wenn diese Scharfmacher wieder einmal schrankenlos herrschen würden.

Eine Wirtschaft auf Maß oder auf Zuwachs? In der „Deutschen weltwirtschaftlichen Gesellschaft“ hielt ein Direktor Dr. Ludwig eine Rede über die Krise und Konjunktur als Probleme der Industriewirtschaft. Der Vortragende erklärte, daß die gegenwärtige Wirtschaftskrise in erster Linie als eine Krisis der festen Kosten bezeichnet werden müsse. Die Anlagekapitalien und die stehende Organisation der Industrie hat sich in allen Ländern in außerordentlichen Maße erhöht. Die sogenannten fixen Kosten betragen in einem Betriebe der metallverarbeitenden Industrie bei voller Beschäftigung mehr als 60 v. H. der Unkosten. Bei halber Beschäftigung würde sich der Unkostenzuschlag von 180 auf 280 v. H. der Löhne steigern. Nach Ansichten des Vortragenden sind Investationen in solcher Höhe keineswegs notwendig gewesen. Das entscheidende Moment der Absatzentwicklung auf weitere Sicht sei meistens außer Ansatz geblieben. Anschaffungen und Erweiterungen liegen in viel zu hohem Maße gefühlsmäßigen Erwägungen zugrunde. Die Industrie müsse auf Basis genau berechneter Unterlagen ein langfristiges Investationsprogramm aufstellen. „Wir dürfen nicht Wirtschaft auf Zuwachs, wir müssen Wirtschaft nach Maß treiben. Eine Wirtschaft, in der ein Anlagekapital von vielen Milliarden eine Rente sucht, darf mit ihrem Produktionsprogramm nicht va banqué spielen, sondern muß auf Sicherheit gehen.“. — Nun scheint auch die Erkenntnis bei den Unternehmern zu dämmern, daß eine Rationalisierung ins Blaue hinein nicht von Nutzen, sondern zum Schaden ist. Erst jetzt beginnen sie sich darauf zu besinnen, daß der Absatz mehr oder weniger über die Existenz der Produktionswirtschaft entscheidet. Eigentümlicherweise will man aber die jetzigen Absatzmöglichkeiten zur Grundlage der Produktionswirtschaft machen. U. E. wäre es viel wichtiger, die Absatzmöglichkeiten in den Produktionsrahmen hineinwachsen zu lassen. Schaffung von Absatzmöglichkeiten bedeutet Erhöhung der Kaufkraft, wozu hohe Reallöhne die beste Garantie sind.

Aufruf zur Mithilfe!

Die schwere soziale Krise der Gegenwart bedroht immer weitere Kreise des deutschen Volkes mit Hunger und Elend. Sie fordert gebieterisch den nachdrücklichsten Einsatz aller Abwehrkräfte. Neben die von den Gewerkschaften verlangte Verkürzung der Arbeitszeit und die anderen Maßnahmen zur Entlastung des überfüllten Arbeitsmarktes muß die Sorge um die

Erhaltung der Massenkaufkraft

treten. Nur auf diesem Wege kann die weitere Verschlechterung der Konjunktur verhindert und eine Wiederbelebung der Wirtschaft erfolgreich vorbereitet werden.

Ein scharfer Druck auf die Löhne und Gehälter aller Arbeitnehmerschichten hat bereits eine **empfindliche Senkung der Lohn- und Gehaltseinkommen** herbeigeführt. Das Preisniveau dagegen hält sich immer noch auf einer nicht zu rechtfertigenden Höhe. Die von der Regierung eingeleitete Aktion zur Senkung der Preise muß

wirksamer gestaltet werden,

insbesondere für die Lebensmittel und Gegenstände des notwendigen Massenbedarfs.

In Erkenntnis der Bedeutung dieser Aufgabe fordern die unterzeichneten Spitzenverbände alle ihre Unterorganisationen im ganzen Reich bis hinab zur kleinsten Gemeinde auf, sich an ihrer Durchführung tatkräftig zu beteiligen. Das Zusammenwirken aller gewerkschaftlichen Kräfte von Nord bis Süd, von Ost bis West kann den erhofften Erfolg bringen. Darum ergeht unser Ruf an alle unsere Mitglieder in Stadt und Land, in Industrie und Landwirtschaft, in Handel und Verkehr, in den Betrieben und Verwaltungen.

Organisiert eine gemeinsame Bekämpfung der unberechtigt hohen Lebenshaltungskosten! Stellt euch den Behörden zur Verfügung!

Arbeitet zusammen mit den Genossenschaften der Erzeuger und Verbraucher!

Fördert die direkten Beziehungen zwischen der Landwirtschaft, die die Lebensmittel erzeugt, und der Bevölkerung, die sie verbraucht!

Sichert euch gegen Uebervorteilung durch ständige Kontrolle der Preise von Laden zu Laden, von Stadt zu Stadt!

Vergleicht die Einkaufspreise mit den Verkaufspreisen, damit die Zwischenhandelsspanne verringert wird!

Stellt die Preise der Konsumvereine, der Warenhäuser und des Einzelhandels gegenüber! Veröffentlicht die billigsten Preise mitsamt ihren Bezugsstellen, damit die Hausfrau weiß, wo sie am wohlfeilsten einkaufen kann!

Ruft die Hausfrauen auf, daß auch sie sich in den Dienst der Sache stellen!

Seid wachsam und regsam! Angesichts der furchtbaren Not ist jede tatkräftige und umsichtige Mitarbeit notwendig und willkommen. Beteiligt euch an dem großen Werke, unseren Brüdern und Schwestern zu helfen und der deutschen Wirtschaft wieder die Grundlage zur Gesundung zu bereiten!

Berlin, den 22. November 1930.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund,
Allgemeiner freier Angestelltenbund,
Deutscher Gewerkschaftsbund,
Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände,
Allgemeiner Deutscher Beamtenbund,
Deutscher Beamtenbund.

Arbeitslosigkeit und Umsatz. Wie die Arbeitslosigkeit den Umsatz des Einzelhandels beeinflußt, beweist folgendes: Das Arbeitsamt Dresden meldet eine Arbeitslosenziffer von 72 000. Das ist ein bisher noch nicht dagewesener Umfang der Arbeitslosigkeit. Demgegenüber erzielte der gutfundierte Konsumverein „Vorwärts“, Dresden, im Oktober einen Umsatz von 3,8 Millionen Mark gegen 4,4 Millionen Mark im gleichen Monat des Vorjahres. Daraus kann man ungefähr ersehen, wie die Kaufkraft gedrosselt ist und wie es in den Haushaltungen der Arbeitslosen aussieht.

In allen Ländern stärkerer Lohn- als Preisrückgang. In allen Ländern stehen die Probleme Arbeitslosigkeit, Senkung der Gestehungskosten, Abbau der Löhne, Preisrückgang usw. im Vordergrund der öffentlichen Untersuchungen. Es handelt sich fast überall mit Ausnahme einiger Länder, wie Frankreich, um dieselben Sorgen und Beschwerden. Dies ist nicht verwunderlich, wenn bei den größeren Industrieländern, Deutschland, USA und England, auf jeden zwanzigsten Menschen oder jeden zehnten Erwerbstätigen ein Arbeitsloser kommt. Die Berliner Handels-Gesellschaft kommt in ihren wirtschaftlichen Nachrichten Nr. 547 bei der Behandlung des Gegenstandes Arbeitslosigkeit und Löhne zu folgendem Schluß:

„Gemessen an dem starken Absinken der Einkommen, bewegen sich die Lebenshaltungskosten nur schwach. Obwohl das starre Schema der Indizien sicherlich manche Fehlerquelle enthält und ein Vergleich zwischen einer Einkommens- und Preisreihe nicht unbedenklich ist, dürfte doch die Tendenz der Entwicklung richtig zum Ausdruck kommen. Im allgemeinen sinken die Lebenshaltungskosten seit der Mitte des Vorjahres in allen Ländern. Nur Frankreich bildet eine Ausnahme. In allen anderen Industriestaaten beträgt der Abfall nirgends mehr als 5 Prozent. Am unbeweglichsten sind die Mieten, die sich in Deutschland und England um ein Geringes erhöht haben, in Amerika aber unbeeinflußt von der Konjunktur langsam fallen. Relativ starr sind auch die Preise für Heizung und Beleuchtung. Dagegen ist bei den Gruppen Ernährung und Bekleidung ein wenn auch langsamer Preisrückgang sichtbar. Da aber bei vorsichtiger Rechnung die Lohnsumme mindestens um 10 Prozent zurückgegangen ist, kann die bisher eingetretene 5prozentige Preissenkung der Genußgüter den Kaufkraftausfall auch bei Berücksichtigung des Produktionsrückganges kaum kompensieren.“

Wenn die Tatsache, daß die Löhne stärker als die Preise sinken, von einer Großbank festgestellt wird, dann braucht man dem nichts mehr hinzuzufügen. Regierungen und Unternehmer sollten aber an solchen Feststellungen nicht vorübergehen.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gauen

Versammlungen.

In Dessau am 29. November, um 20 Uhr. Betr. Sonderunterstützung des Verbandes.

In München am 13. Dezember, um 19 Uhr, im Nebenzimmer des Gewerkschaftshauses.

In Berlin; für Bezirk Schöneberg-Steglitz am 29. November, um 19 Uhr, bei Schellhaase, Ahornstr. 15a.

Für Bezirk Charlottenburg am 6. Dezember, um 19 Uhr, bei Röhrig, Schloßstr. 45.

Für Bezirk Spandau am 6. Dezember, um 18 Uhr, bei Höpfner, Pichelsdorfer Str. 5.

In Augsburg am 6. Dezember, um 17 Uhr, im Gasthaus zum guten Hirten, Steinarbeiter und Steinsetzer. Gauleiter anwesend.

Bezirk Ostpreußen am 7. Dezember in Königsberg, Pr., um 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Vorder Roßgarten, Bezirksversammlung des gesamten Bezirks, einschließlich Freistaat Danzig. Die Delegationskosten tragen die Zahlstellen.

*

Oertlicher Reisezuschuß wird nicht mehr gezahlt in Löwenberg (Schles.), **Greifenhagen** (Pomm.), **Strasburg** (Uckermark).

Langenaltheim. Im Hinblick auf den Andrang werden Unterstützungen aller Art nur am Sonnabend und in der Zeit von 18 bis 19 Uhr beim Kassierer erledigt. Die Kollegen am Ort mögen den Hinweis beachten!

Im Innungsbezirk Magdeburg haben die Verbands-Zahlstellen an den Obmann der Wohlfahrtskommission Paul Schwarz, Kirchstr. 16 in Magdeburg, umgehend die Mitglieder-Ausweise der Steinsetzer und Berufskollegen einzusenden. Diese Maßnahme ist dringend notwendig, um Streitigkeiten über die Organisationszugehörigkeit bei den Wohlfahrtsgeldern zu vermeiden.

Hannover. Betrifft Wohlfahrtseinrichtung für den Innungsbezirk Hannover: Die Kollegen werden aufgefordert, ihre Ueberweisungsanträge sofort geltend zu machen. Als Endfrist ist der 6. Dezember d. J. festgesetzt. Bei Anträgen, die nach diesem Termin eingehen, können Ansprüche nicht mehr geltend gemacht werden. Anträge sind an Heinrich Beck, Mathildenstraße Nr. 14, II., zu richten.

*

Verlorene Mitgliedsausweise: In Riesa das Verbandsbuch Nr. 21304 für Martin Schreiber, Hilfsarbeiter; in Bremen Nr. 110045 für Fritz Oerke, Steinsetzer; in Braunschweig die Interimskarte für Erwin Witte, Steinsetzer; in Bamberg die Interimskarte für Franz Thamann, Pflasterer.

*

Am Ort zureisende und in Arbeit tretende Kollegen melden sich immer vorher beim Zahlstellenvorstand. Wer das unterläßt, hat keinen Anspruch auf Kollegialität und deren Auswirkung!

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes

Auf Antrag der Zahlstelle Berlin wurden wegen Schädigung der Verbandsinteressen ausgeschlossen die Steinmetzen Georg Peter und Emil Höft.

Adressenänderungen

2. Gau: **Oppeln.** Vors.: Joseph Schwalbe, Klein-Döbern, Kreis Oppeln. — **Wüstegiersdorf.** Vors.: Walter Schmidt, Freudenburg, Post Wüstegiersdorf (Schlesien).
3. Gau: **Altenhain.** Postbezeichnung: Grimma-Land.
5. Gau: **Gruiten.** Vors. u. Kass.: Jos. Varoquier, Am Pütt 119.
7. Gau: **Bobengrün.** Vors.: Andreas Färber, Haus Nr. 70.
10. Gau: **Wildemann.** Vors.: Joseph Zamichiei, Spiegelthäler Straße 87.

Briefkasten

K. in M. Ueber „Die Verjährung am Jahresschluß“ steht eine eingehend informierende Abhandlung im Steinarbeiter-Kalender für 1931.

C. Bereits abgesandt! Ueber Erhalt erbitte Nachricht.

D. Das Versprochene aus grünem Marmor ist immer noch nicht eingetroffen.

Neue Bücher und Zeitschriften

Ratgeber für die Krankenversicherung, von Artur Than, Leipzig. Heft 3 von Wordels Schlüsselbüchern. 10. Auflage (36. bis 40. Tausend). Verlag Friedrich A. Wordel, Leipzig C 1, Königstraße 26 B. Einzelpreis 70 Pfennig, bei Partiebestellungen von 10 Stück an Ermäßigungen.

Von diesem Büchlein sind nahezu 40 000 Stück verbreitet worden, gewiß der beste Beweis der Beliebtheit der Wordelschen Schlüsselbücher. Im Wechsel von Frage und Antwort gelangen in diesem Werkchen die hauptsächlichsten Grundsätze und Tatsachen auf dem Gebiete der Krankenversicherung zur Darstellung. In der vorliegenden Auflage fanden die wesentlichsten Bestimmungen der Notverordnung vom 26. Juli 1930 Berücksichtigung, die in vielen Fällen für die Versicherten bei Inanspruchnahme der Kassenleistungen sehr einschneidende Aenderungen mit sich brachten. Wer sich hierüber rasch unterrichten will, dem sei die Anschaffung dieser Neuauflage empfohlen.

Erst denken, dann sehen, dann knipsen. So heißt einer der lesenswerten Aufsätze in der Zeitschrift „Das neue Bild“, die sich die Bilderfreunde und Amateurphotographen geschaffen haben. Sie wollen in der Arbeiterschaft die Freude am wirklich guten Bilde pflegen und die Bildkunst der Gesamtbewegung, besonders aber ihrer Presse und ihren Ausstellungen, nutzbar machen. Daß ihnen dies in zunehmendem Maße gelingt, zeigt auch das soeben erschienene Heft 3 ihrer Zeitschrift, die gleichzeitig der Durch- und Fortbildung der photographischen Anfänger dient. Nicht weniger als 22 meist von Amateuren aufgenommene herrliche Bilder schmücken diese schöne Monatszeitschrift der Arbeiterbewegung, die einschließlich Porto für 50 Pfennig monatlich von jeder Buchhandlung oder direkt vom Verlag der Neuen Gesellschaft G. m. b. H., Berlin S 14, bezogen werden kann. Angesichts ihrer guten Ausstattung, ihres vorzüglichen Textes und erstaunlich billigen Preises kann sie nur empfohlen werden.

Anzeigen

Achtung! Tarifbezirk Groß-Berlin und Brandenburg

Auszahlung der Wohlfahrtsgelder

Die Auszahlung der Wohlfahrtsgelder erfolgt für den **Innenbezirk** im **Gewerkschaftshaus,** großer Saal, ab 17.30 Uhr, und zwar:

Steinsetzer: A bis H am Montag, dem 8. Dezember; I bis P am Dienstag, dem 9. Dezember; Q bis Z am Mittwoch, dem 10. Dezember.

Rammer: Am Donnerstag, dem 11. Dezember.

Hilfsarbeiter: Am Freitag, dem 12. Dezember.

Charlottenburg: Am Sonnabend, dem 6. Dezember, 18 Uhr, bei Röhrig, Schloßstr. 45.

Spandau-Nauen: Am Sonnabend, dem 6. Dezember, 18 Uhr, bei Wind, Pichelsdorfer Str. 5.

Teltow, Machnow, Stahnsdorf, Ruhlsdorf: Am Sonnabend, dem 6. Dezember, 18 Uhr, bei Zahradnick, Teltow, Hoher Steinweg 10.

Schöneberg, Steglitz, Friedenau, Südende, Wilmersdorf, Zehlendorf, Lichterfelde, Tempelhof, Mariendorf: Am Sonntag, dem 7. Dezember, 10 Uhr, bei Schellhase, Steglitz, Ahornstr. 15a.

Potsdam, Werder, Bornim, Bornstedt: Am Sonntag, dem 7. Dezember, 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Caputh: Am Sonnabend, dem 13. Dezember, 18 Uhr, im Verkehrslokal.

Niederschönhausen, Pankow, Buchholz, Blankenfelde, Rosenthal, Wilhelmsruh: Am Sonnabend, dem 13. Dezember, 18 Uhr, bei Reichert, Niederschönhausen, Waldstr. 66.

Nord-Südbahn: Am Sonnabend, dem 13. Dezember, auf den Baustellen.

Neukölln, Britz, Rudow, Buckow: Am Sonntag, dem 14. Dezember, bei Richter, Prinz-Handjery-Str. 3. Buchstabe A bis J von 9 bis 12 Uhr; Buchstabe K bis Z von 13 bis 16 Uhr.

Köpenick, Adlershof, Grünau, Friedrichshagen, Oberschöneweide, Johannisthal, Eichwalde, Bohnsdorf: Am Sonntag, dem 14. Dezember, 10 Uhr, bei Waldow, Köpenick, Berliner Str. 19.

Michendorf, Saarmund, Seddin, Rehbrücke: Am Sonntag, dem 14. Dezember.

Steinhauer: Am Sonntag, dem 14. Dezember, 10 Uhr, bei Sorgatz, Uferstr. 12.

Die invaliden Kollegen des Steinsetzgewerbes kommen am 15. Dezember, **die invaliden Kollegen des Steinmetzgewerbes** am 16. Dezember, von 9 bis 13 Uhr, ins Verbandsbüro.

Den Zahlstellen Fürstenwalde, Kremmen, Eberswalde, Freienwalde, Luckenwalde und Brandenburg werden die Wohlfahrtsgelder an die zuständigen Kassierer durch die Bank überwiesen.

Verrechnete Wohlfahrtsgelder, die bis zum 23. Dezember nicht abgehoben sind, werden laut Beschluß der Verwaltungskommission dem besonderen Unterstützungsfonds überwiesen.

Bei der Auszahlung sind die Mitgliedsbücher vorzulegen. Wegen Auszahlung der Wohlfahrtsgelder ist das Verbandsbüro vom 6. bis 14. Dezember ab 12 Uhr geschlossen.

Wesermünde-Bremerhaven

Am **Sonntag, 7. Dezember 1930,** um 16 Uhr, **wichtige Versammlung** im bekannten Lokal. Tagesordnung: 1. Aufklärender Vortrag über Gewerkschaftsfragen und Genossenschaftswesen nebst Filmvorführungen. 2. Bericht des Vorstandes über die örtlichen Verhältnisse. 3. Verschiedenes. Unter anderem kommt ein Antrag zur Abstimmung über Strafmarken für Kollegen, die ihren Pflichten nicht nachkommen. — Erscheinen aller Kollegen ist deshalb Pflicht. I. A.: G. Meyer.

Steinarbeiterhosen aus III-Drahtleder mit 12er Schuß u. Ledertaschen 15.— Mk., aus II-Drahtleder 9.— und 6.50 Mk., **Maurersocken** 1.20 Mk. Echt Lindner-**Manchesterhosen** Qual. I 17.—, II 13.—, III 11.— Mk. vers. n. Maß b. Bestellung von 20 Mk. frei Haus, Preisliste u Muster gratis. **Emil Hohlfeldt, Dresden 6,** Ritterst. 2

Den bekannt guten u. bestbewährten **handgearbeit. Steinbruchschuh,** M **14.75** Reellste Beliefer. Hochw. Qualit.

Verlangen Sie Preisliste **Herm. Welbers Berufsschuhwerk Bad Godesberg**

Beschläge für Schreibzeuge
Kartenständer, Brieföffnerklingen Petschafte usw. liefert
F. W. Wagner. Altona/Elbe
Große Bergstraße 37
Liste bitte einfordern

Pflasterhämmer
aus bestem Schweissstahl, **Rammen, Brechstangen** und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb
Otto Teske, Berlin N 31
Brunnenstraße 82

Gestorben

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

In **Schweidnitz** am 10. November der Rammer Rudolf Puhl, 57 Jahre alt, 2½ Jahre krank, Gehirnschlag.

In **Berlin** am 12. November der Schleifer August Schünemann, 76 Jahre alt, 9 Monate krank, Herzschwäche.

In **Bensheim,** Bergstr., am 12. November der Werkzeugschmied Georg Hartmann, 63 Jahre alt, 13 Wochen krank, Magenoperation.

In **Pappenheim** am 13. November der Marmorsteinmetz Georg Lehmberger, 72 Jahre alt, Schlaganfall, 7 Jahre krank.

In **Kleinrinderfeld** am 13. November der Brecher Karl Ott, 47 Jahre alt, 2 Jahre krank, Lungentuberkulose.

In **Parchim** am 15. November der Schleifer Bernhard Stachowski, 25 Jahre alt, 5½ Monate krank, innere Blutvergiftung, durch Lungenerweiterung.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag: Ernst Winckler, beide in Leipzig. Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Vom Industriestaub

Von Karl Michsch. II. Teil (Nachdruck verboten.)

An dem gesundheitlichen Ausbau Deutschlands hat die Gewerbehygiene hervorragend teilgenommen. Zu den ältesten wissenschaftlichen Arbeiten, die sich mit den Berufskrankheiten befassen, gehört das von Ramazzini und Köelsch-München und das im Jahre 1780 von Ackermann in Stendal erweiterte Werk „Abhandlungen von den Krankheiten der Künstler und Handwerker". Es verging aber fast ein Jahrhundert, bevor an eine planmäßige Bekämpfung der Gewerbekrankheiten gedacht wurde. Nur ganz allmählich wurden die Ursachen der Berufskrankheiten, die im wesentlichen auf Staubschäden zurückzuführen waren, erkannt. Der Sauerstoff wurde bereits 1774 entdeckt, aber die Bedeutung der Aufnahme des Sauerstoffes für die Lunge entdeckte Lavoisier erst viel später. Ein bezeichnendes Beispiel für den erstaunlich langsamen Fortschritt in der Erkenntnis der Staubschäden schildert Dr. Meldau[1] in seinem Buche auf der Seite 21. Ramazzini schreibt bereits im Jahre 1700, wie man beim Sezieren von Steinhauern steinige Lungen gefunden habe (Diemerbroek), so daß man den eingeatmeten Staub als Hauptschädling, der den Tod zur Folge haben müßte, erkennt, aber erst im Jahre 1866 gelang es Zenker-Erlangen und Hirt u. Arnold, der Lehre vom Staub eine wissenschaftliche Grundlage zu geben.

Zenker beschreibt in seinem Buche im Jahre 1866 die erste Eisenlunge. Eine Arbeiterin in Nürnberg, welche mit der Anfertigung kleiner Bücher beschäftigt war, die zur Aufbewahrung des mit Blattgold gefärbten Fließpapieres dienten, wurde schwer leidend. Die trockene rote Farbe, Eisenoxyd, Englischrot, auch Caput Mortuum genannt, wurde mit einem Stäbchen in das Papier eingerieben; hierbei kam es zu solch einer Staubentwicklung, daß der Staub durch die Fenster- und Türritzen drang und die Mauer des Hauses rot färbte.

Merkel beschreibt im Jahre 1871 in Nürnberg die Lunge eines Arbeiters, der große Eisenbleche durch Schleifen mit Sandstein von dem anhaftenden, schwärzlichen Ueberzuge aus Eisenoxydul befreite. Der Eisenstaub färbte die Lunge und auch den Auswurf schwarz und konnte ebenso wie das Eisenoxyd mikroskopisch und chemisch nachgewiesen werden.[2]

Die Angriffsgebiete auf den Menschen findet der Industriestaub keineswegs in der Lunge allein, bis zu einem gewissen Grade ist auch die Haut dafür empfänglich, auch der Speiseweg: Mund, Magen, Darmkanal sind gefährdet. In noch höherem Maße natürlich der Atmungsweg: Nase, Rachen, Mund, Lungen. Je nach Empfindlichkeit und Einwirkungsdauer. Von manchen Stauben wird die Haut von scharfen, spitzigen Staubformen mechanisch gereizt, von anderen aber chemisch angegriffen und vergiftet. Je feiner der Staub ist, desto größere und schädlichere Oberflächenwirkung entwickelt er. Bei einigen mechanischen Verletzungsarten treten Giftstoffe oder Krankheitskeime in die Wunde, zum Beispiel Milzbrandspuren bei der Fellbehandlung und beim Lumpensortieren (Schornsteinfegerkrebs). Der Holzstaub einiger Holzarten, wie zum Beispiel aus Mauleholz aus dem früheren Deutsch-Ostafrika, das für Bürstendeckel verwendete Cocobolohol z u. a. verursachen scharlachartigen, schmerzhaften Ausschlag und lebhaften Juckreiz. Selbst Augen und Nasenschleimhäute leiden hierbei, auch Pechstaub greift die Haut stark an. Wirken auf den menschlichen Körper mehrere Stoffe beim Zusammentreffen ein, so können auch solche giftig wirken, die vielleicht sogar für sich ungiftig sind, zum Beispiel Kalkstickstoff (Zyanamidgehalt) und Alkohol (E. Brezina). Oft wächst die Giftwirkung mit der Feinheit der Staubteilchen. Blei, Arsen oder Phosphor wirken auch als einzelner Stoff schädigend. Einen Schutz haben die Atmungsorgane durch die sogenannten Flimmerepithels, eine Schleimabsonderung erzeugt viskose Benetzung. Die Hauptbedeutung dieses Schleimes ist das Festhalten von feinstem Staube und Bakterien. Die Zerstörung dieser schädlichen Stoffe erfolgt nicht durch den Schleim selbst, sondern in der Lunge vermittels eines Teiles der weißen Blutkörperchen. Solch eine Staubabfuhr findet statt, indem sich bewegliche Zellen abstoßen, die Staubteilchen aufnehmen und nach oben oder in die Lymphgefäße fortschieben. Diese Staubteilchen können jedoch nur wirken, wenn sie benetzt sind. Magen, Darm und Lunge sind trotz dieser Schutzvorrichtung vielen, teilweise schweren Gefahren durch Gewerbestaub ausgesetzt. Die Lunge ist besonders gefährdet, da sie eine verhältnismäßig große Oberfläche hat. Großkörnige Teilchen wirken auch hier weniger schädigend als feine, selbst verdünnte Giftlösungen können unter Umständen leichter eindringen als konzentrierte. Verdünnte Giftstoffe wandern allmählich in den Magen und Darmkanal, andere finden vorzugsweise durch unsaubere Nahrung oder Essen und Trinken im Betriebsqualm Zutritt zum Organismus. Das bekannteste Leiden dieser Art ist die Bleivergiftung, die sogenannte Bleikatze, zuerst erkannt und medizinisch richtig beschrieben von Stockhausen.[3]

Die Krankheit entsteht in der Weise, daß ein Uebermaß von Bleirauch verschluckt wird, wodurch die Därme allmählich erschöpft werden, was heftige Schmerzen verursacht. Blei ist das gefährlichste und am häufigsten vorkommende Industriegift, es zersetzt das Blut und kann nervöse Störungen bis zur Verblödung und Lähmung verursachen. Bemerkenswert sind hierbei die im Archiv für Hygiene 94 (1924) S. 1—40 von K. B. Lehmann veröffentlichten Studien, aus denen hervorgeht, daß verschiedene Bleisalze unschädlich sind. Bleiglanz ist zum Beispiel für manche Organismen fast ungiftig. Die Widerstandsfähigkeit gegen Bleigifte hängt weitgehend von der Veranlagung des Betreffenden ab. Die einzelnen Bleiberufe sind nicht einheitlich gefährdet. Bei ausreichender Sauberkeit ist der Bleilöter wenig gefährdet (H. Fischer). Weniger ungefährlich ist dagegen die Bleihärtung, am schlimmsten für die Bleiatmung ist die Abwrackarbeit.

Dauernde Einatmung von Staub führt zu Krankheiten der Atmungsorgane. Die Form der Affektionen ist abhängig von der Art der eingeatmeten Staubpartikel. Die Gesundheitsschädlichkeit aller Staubarten wird sehr verschieden beurteilt, und selbst, soweit es sich um pathogene Bakterien und giftige Bestandteile handelt, sind die Meinungen der Mediziner geteilt. Größere Staubmengen wirken zweifellos lästig und beeinträchtigen die Atmung. Bei hochgradiger Luftverunreinigung wird der Staub in den Lungenbläschen (Bronchien) festgehalten. Da dies für jeden Industriestaub zutrifft, ist dieser besonders bedrohlich. Die Form der Affektionen ist entsprechend der Art eingeatmeter Staubpartikelchen sehr verschieden. Dreher, Feilenhauer, Buchdrucker, Schriftgießer usw. leiden durch metallische Ablagerungen in den Lungengeweben; das Lungengewebe erhärtet allmählich. Die mineralischen Staubteilchen führen bei Steinarbeitern, Maurern, bei der Belegschaft der verschiedenen Bergwerke, ebenso in Zement-, Kalk- und Gipswerken zur sogenannten Steinhauer-, Kiesel- oder Kalklunge. Die Lunge überzieht sich mit einer steingrauen Decke. In Haarspinnereien ist der Staub durch Bakterien infektiös (Milzbrandsporen). Die Maßnahmen zur Verhütung sind der Art des Gewerbebetriebes sehr verschieden. Am verbreitetsten ist die Befeuchtung in Verbindung staubbindender Oele.

Wo es möglich ist, die Handarbeit durch Maschinenarbeit abzulösen, muß gleichzeitig für Abschluß der Staubstelle durch Ummantelung Sorge getragen werden. Der Staub muß am Orte seines Entstehens durch Absaugung unschädlich gemacht werden. Sauger, Ventilatoren, Ueberleitungen in Wasser- und Feuerungsanlagen haben dem Zweckgedanken im großen und ganzen entsprochen; aber neuerdings ist auf diesem Gebiete doch sehr viel reformiert worden. Bei vielen Arbeiten sind Schutzmaßnahmen schwer anzuwenden. Dann sollte möglichst im Freien oder in offenen Hallen gearbeitet werden. Immer aber sollte der Arbeiter Schutzkleider tragen; auch die Wasch- und Badegelegenheit darf nie fehlen. Bei ständiger oder vorübergehend sehr starker Staubentwicklung müssen Respiratoren benutzt werden. Jugendliche, auch Frauen und Mädchen, ebenso schwächliche Personen sollten von Staubarbeiten ausgeschlossen werden.

Bei der Steinbearbeitung können zwei Staubquellen unterschieden werden. Der durch den Schlag des Hammers auf den Meißel erzeugte Staub enthält meist größere Teilchen, während der durch Abgleiten des Meißels unter seiner Schneide erzielte Staub wesentlich feiner ist. Die Partikelchen schweben um so länger in der Luft, je feiner sie sind. Beim Niederfallen bedecken sie den Arbeiter selbst, sowie alle Gegenstände des Werkplatzes mit einer feinen Schicht und gelangen auch in die Luftwege des Arbeiters. Die größere oder kleinere Schädlichkeit einer Staubplage ist von der Feinheit, aber auch von der Struktur abhängig. Im allgemeinen wird angenommen, daß der Silikatgehalt und die Kieselsäure den zackigen und spitzkantigen Staubteilchen eine Härte verleiht, daß die zarte Schleimhaut der Luftwege geschädigt werden muß. Der Sandstein besteht aus Quarzstückchen, die durch ein toniges oder kalkiges Bindemittel zusammengebacken sind; außerdem sind Glimmerplättchen, Feldspat, Eisenoxyd (Rotfärbung) und anderes darin enthalten. Da Quarz reine kristallinische Kieselsäure ist, gehört der Sandsteinstaub mit zu den silikatreichsten und folgedessen gefährlichsten Staubarten. In dem Aufsatz von Kölsch und Arnstein sind die im bayrischen Untermaintal vorkommenden Buntsandstein und der Plattenbuntstein auf ihren Quarzgehalt geprüft. Auch der Unterschied des Silikatgehaltes ist nachgewiesen; die Verfasser sagen hier: „Es ist bezeichnend, daß die Arbeiter selbst diese Unterschiede gerade im Hinblick auf die Gefährlichkeit der verschiedenen Sandsteinarten wohl kennen und uns wiederholt darauf aufmerksam machten." (Fortsetzung folgt.)

[1] Meldau, Z. Bd. I. Bd. 73 (1929), S. 1315/17.

[2] Die Krankheiten der Arbeiter, Breslau 1871, 1. Teil, S. 41, 45 und 100.

[3] Flugschrift über Hüttenkatze oder Hüttenrauch, Samuel Stockhausen, M. B. bei Duncker, Goslar 1656, neu herausgegeben Leipzig 1925.

Das Auslandskapital in der deutschen Wirtschaft

Es ist gerade ein Jahr her, wo in der Oeffentlichkeit zwischen deutschen Industrieführern die Streitfrage lebhaft erörtert wurde, ob die aktive Beteiligung ausländischen Kapitals an deutschen Industrieunternehmungen erwünscht sei oder nicht. Auf der Düsseldorfer Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie prallten die Meinungen hierüber heftig aufeinander. Die Aussprache ging weiter, als Herr von Siemens in einer Rede deutliche Anspielungen auf die AEG machte, die amerikanisches Kapital durch den Verkauf eines namhaften Aktienpaketes hereingenommen hatte. „Manche Führer", so erklärte Herr von Siemens, „der einst so stolzen Elektrotechnik haben zu früh das Steuer aus der Hand gegeben und den fremden Lotsen an Bord gerufen, weil sie nicht glaubten, den Sturm selbst meistern zu können." Herr von Siemens äußerte weiter die Befürchtung, daß der ausländische Lotse seine deutschen Kapitäne als Handlanger für den Willen des Auslandes benutzen wird. „Das, was ihm erstrebenswert erscheint, oder das, was sich seinem Diktat entgegensetzt, oder ihn in der Ausübung seiner Pläne stört, soll durch deutsche Mithilfe niedergezwungen werden." In entsprechender Form antwortete später der Leiter der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft.

Dieser heftige Streit zwischen maßgebenden deutschen Industrieführern hat noch lange nachgezittert. Auch heute noch wird diese Streitfrage hier und da erörtert. Der deutschen Arbeiterschaft kann es nicht gleichgültig sein, wie sich die Besitzverhältnisse in der produktiven Wirtschaft gestalten. Die Ueberfremdung der deutschen Industrie hat in der Nachkriegszeit zweifellos zugenommen. Als die deutschen Aktien für ausländische Besitzer billig wie Brombeeren waren, ist das Ausland in breiter Front in die deutsche Wirtschaft eingedrungen. Das Auslandskapital tritt in den Formen des Darlehns- und Unternehmungskapitals auf. Von ersterem kann man sprechen, wenn ausländische Geldgeber an deutsche Unternehmungen Kredite vermitteln, ohne daß ein Einfluß auf das betreffende Unternehmen gewährt wird. Anders ist es, wenn das Ausland Unternehmungskapital vermittelt, welches gegen Hingabe von Aktien und sonstigen Möglichkeiten der Einflußnahme erfolgt. In den letzten fünf Jahren ist ausländisches Kapital in beiden Arten in ziemlich erheblichem Umfange nach Deutschland gekommen. Die nachfolgenden Untersuchungen beschäftigen sich in der Hauptsache mit der zweiten Art der Kapitaleinwanderung.

Doch vor dem einige Worte zu dem Problem an sich. Seitdem es eine kapitalistische Wirtschaft gibt, ist die internationale Kapitalwanderung vorhanden. Das Kapital ist flüssig und hat die Neigung, überall da hinzuströmen, wo die Profite am höchsten sind. Landesgrenzen sind noch niemals ein ernsthaftes Hemmnis für die Ein- und Auswanderung von Kapital gewesen. Der europäische Kapitalismus hat die gesamte Welt durch sein überschüssiges Kapital befruchtet. Die Volkswirtschaften in Nord- und Südamerika, in Asien, Indien, Australien usw. sind mit Hilfe des europäischen Kapitals aufgebaut und entwickelt worden. Namentlich die Industrie der Vereinigten Staaten verdankt ihre Existenz der Mithilfe des europäischen Finanzkapitals. Auch Deutschland hat sich an der Kolonisierung anderer Länder namhaft beteiligt. Man schätzt die Höhe des vor dem Kriege im Ausland investierten deutschen Kapitals auf 30 bis 35 Milliarden Mark. Mit Hilfe dieser Kapitalein- und -auswanderung ist die Weltwirtschaft geschaffen worden, in deren Maschen heute alle Länder mehr oder weniger fest verstrickt sind.

In der Nachkriegszeit haben sich die Verhältnisse sehr wesentlich verändert. Die Entwicklung ausländischer Volkswirtschaften durch den Kapitalzufluß geht heute in der Hauptsache von Ländern aus, die ehemals selbst Kolonialgebiete waren. Wir erwähnen die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Man kann sagen, daß Europa als Kapitaleinfuhrerdteil neu entdeckt wurde. Der Kapitalzufluß herüber und hinüber der Landesgrenzen wurde verstärkt durch die Währungszerrüttung und die Steuerflucht. Es steht nicht genau fest, wie hoch die Kapitalflucht aus Deutschland ist. Sie wird aber mindestens 5 Milliarden betragen. Mit diesem Gelde sind die Wirtschaftsbetriebe des Auslandes mehr oder weniger befruchtet worden. Das Gegenteil sehen wir in der zunehmenden Ueberfremdung der deutschen Industrie und der Handels- und Verkehrsunternehmungen. Vor ungefähr 1½ Jahren berechnete die „Frankfurter Zeitung", daß von den 13 000 deutschen Aktiengesellschaften rund 100 im eigentlichen Wortsinne überfremdet seien. Vor kurzem ist eine Schrift herausgekommen: „Das ausländische Kapital in der deutschen Wirtschaft", erschienen im Ruhr-Verlag W. Girardet, Essen, die eine Fülle von Material über das Eindringen ausländischen Kapitals in die deutsche Wirtschaft enthält. Der Verfasser dieser Schrift kommt zu dem Ergebnis, daß — bei Ausschaltung kleinster Firmen — etwa 430 bis 450 deutsche Unternehmungen sich im Vollbesitz bzw. Mehrheitsbesitz des Auslandes befinden. Die Tochtergesellschaften, an denen diese Unternehmen mit mehr als 50 v. H. beteiligt sind, hinzugenommen, ergibt eine Zahl von ungefähr 630 bis 650 deutschen Gesellschaften, die unter ausländischer Kontrolle stehen. Außerdem gibt es noch viele Gesellschaften, in denen ausländisches Kapital von 25 bis 50 v. H. des Gesellschaftskapitals beteiligt ist. Wenn daraus auch nicht abgeleitet werden kann, daß das Ausland unter allen Umständen bestrebt ist, die Herrschaft über deutsche Unternehmungen auszuüben, so ist die erfolgte Ueberfremdung doch außerordentlich beachtenswert. Der Verfasser der oben genannten Schrift schätzt den Wert ausländischer Beteiligungen in der deutschen Produktivwirtschaft nach Industrien berechnet folgendermaßen (die Ziffern bedeuten in Millionen Mark):

Bergbau: a) Steinkohlenbergbau 250, b) Braunkohlenbergbau 150, c) Kalibergbau 120, d) Erzbergbau 80—90. Eisenindustrie (Schwerindustrie) 160—180, eisenverarbeitende Industrie 100, Metallindustrie (Nichteisenmetalle) 25, Chemische Industrie 160—180, Erdöl- und Treibstoffindustrie 230—250, Glas-, Porzellan-, keramische Industrie 90—100, elektrotechnische Industrie 200—220, Elektrizitätsgewinnung und -versorgung 160—180, Feinmechanische Industrie 80—100, Fahrzeugmittelindustrie 120—140, Textilindustrie 230—250, Kautschuk- bzw. Gummiwaren 12—15, Linoleumindustrie 70—80, Holz- und Zündholzindustrie, Zellstoff und Papier 90—100, Tabakindustrie 40—50, Margarineindustrie 110—130, Nahrungs- und Genußmittel 90—100, Grundstücks-, Hotel- und Gaststättengewerbe 30—40, Banken 120—140, Verkehrsgewerbe 60 bis 70, Versicherungsgewerbe 30, Großhandel und Einzelhandel 40 bis 50 und sonstige Industriegruppen mit geringeren Beteiligungen.

Nicht zu bezweifeln, daß die Summierung dieser Einzelposten ein Problem von außerordentlicher Bedeutung erkennen läßt. Die gesamte Auslandsbeteiligung an deutschen Gesellschaften, außer dem Leihkapital, wird auf etwa 3 Milliarden Mark geschätzt. Hinzu kommt noch der zersplitterte Kleinbesitz des Auslandes an deutschen Aktien, GmbH.-Anteilen, Kuxen usw.; ferner die Posten deutscher Effekten, die ausländische Holdinggesellschaften zum Teil heute besitzen. Die Gesamtsumme dieser Posten kann auf eine Milliarde angenommen werden. Mithin ist das Ausland an deutschen Unternehmungen in Höhe von 4 Milliarden Mark beteiligt. Es muß aber hierbei festgestellt werden, daß eine zwangsweise Ueberfremdung niemals festgestellt wurde, sondern diese meistens auf das Bestreben der deutschen Unternehmerkreise zurückzuführen ist. Einzelne Industriezweige sind zur Mehrheit in ausländischem Besitz. Wir nennen: die Margarineindustrie, die Glasindustrie, die Zündholzindustrie, die Tabakindustrie, Teile der Süßwarenindustrie usw.

Es erhebt sich nun die Frage, wie sich die deutsche Arbeiterschaft zu der Auslandsbeteiligung an deutschen Industriewerten stellt. Hierzu ist zu sagen, daß es der Arbeiterschaft an sich naturgemäß lieber ist, wenn die Industrie-, Handels- und Verkehrsunternehmungen im inländischen Besitz sind. Trotzdem kann mit der Einflußnahme ausländischen Kapitals auf deutsche Unternehmungen auch eine günstige Wirkung nach verschiedenen Richtungen verbunden sein. Auslandskapital schafft bei bestehenden Unternehmungen die Möglichkeit, diese zu erweitern oder zu vervollkommnen, womit Arbeitsmöglichkeit verbunden sein kann. Als Nachteile sind zu nennen das Bestreben, deutsche Industriewerke nur zu erweitern, um eine Konkurrenz zu beseitigen, oder diese bei passender Gelegenheit stillzulegen bzw. einzuschränken, falls es ausländischen Geldgebern dienlich erscheint. Vorzüge und Nachteile gibt es noch eine ganze Reihe, aber wir wollen es hierbei belassen. Es ging uns darum, eine Bilanz der Ueberfremdung deutscher Industrieunternehmungen zu ziehen. Im Zeitalter des Fließbandes und der Massenproduktion bilden Erdteile wie Europa einen einheitlichen Absatzmarkt. Und bei der engen Verflochtenheit der europäischen Industrie ist die zunehmende Ueberfremdung ein Beweis dessen, daß die einzelnen Länder viel zu klein und bedeutungslos sind, um von sich aus eine ausgeglichene Industriewirtschaft zu betreiben. Es ist nur noch notwendig, daß die Arbeiterschaft eine Macht entwickelt, um auftretende Nachteile bei der Kapitalwanderung zu beseitigen.

Rationalisierte Wirtschaft ohne Arbeitslosigkeit

-ff. Das privatkapitalistische Wirtschaftssystem befindet sich in einer Weltkrise, die in Deutschland verschärft ist durch die jährlichen Reparationsleistungen von zurzeit rund 2 Milliarden Mark. Die Arbeitslosigkeit als bestimmender Faktor dieser Krise hat in allen Industrieländern erschreckenden Umfang angenommen und das Ende ist nicht abzusehen, es sei denn, daß die von Preußen vorbereiteten Maßnahmen — gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit auf die 40-Stunden-Woche, neuntes Schuljahr, landwirtschaftliche Meliorationsarbeiten, Beschäftigung nur inländischer Landarbeiter — einen wesentlichen Erfolg aufzuweisen haben würden. Was im Interesse des Volksganzen dringend zu wünschen und zu erhoffen ist.

Daß die Arbeitslosigkeit zwar nicht allein, aber doch in starkem Ausmaße durch die Rationalisierung in der Privatwirtschaft beeinflußt worden ist, kann keinem Zweifel unterliegen. Zum Beweise genügen zwei Beispiele. Die IG. Farbenindustrie, das größte deutsche Industrieunternehmen, hat allein im Jahre 1929 über 20 000 Arbeiter und Angestellte entlassen, was einer „Einsparung" von rund 56 Millionen Mark an Gehältern und Löhnen bei gleichbleibender Produktion gleichkommt. Die Fahrzeugwerke Neckarsulm erzeugten im Jahre 1924 mit 3500 Arbeitern pro Tag 40 Motorräder und 4 Auto, im Jahre 1929 mit 1900 Arbeitern pro Tag 120 Motorräger und 17 Autos. Im ganzen ist nach den Feststellungen des Instituts für Konjunkturforschung der Produktionsindex (Normalzahl 100) von 77,5 im Februar 1924 auf 126,9 im Oktober 1929 gestiegen — d. h. es wurde bei einer um ca. 2 Millonen Arbeitskräfte verminderten Belegschaft 49,4 Punkte Mehrproduktion geleistet.

Da ist es nun gewiß von höchstem Interesse, zu sehen, wie sich das Arbeitsverhältnis in den konsumgenossenschaftlichen Unternehmungen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine entwickelt hat. Die Zahl der beschäftigten Personen ist vom Jahre 1914 mit 26 234 auf 55 600 im Jahre 1929 gestiegen, der Umsatz von 486,4 Millionen auf 1176,3 Millionen Mark. Nach der Preisgestaltung von 1914 bis 1929 ist aber, um zu einem richtigen Vergleichsfaktor zu kommen, der Umsatz des Jahres 1914 um zirka 50 Prozent zu erhöhen, so daß er für dieses Vergleichsjahr 729,6 Millionen Mark betragen würde. Während bei der so gewonnenen Unterlage der Umsatz um rund 61 Prozent zugenommen hat, beträgt die Zunahme der beschäftigten Personen (26 234 : 55 600) 29 366 gleich 112 Prozent. Allein von 1928 auf 1929 betrug die Zunahme der Beschäftigten (49 724 : 55 600) — innerhalb einer Arbeitslosenziffer von 2½ Millionen in der Privatwirtschaft! — 5876 Personen.

Die Erklärung dieser interessanten Tatsache beruht einmal darin, daß die konsumgenossenschaftliche Unternehmungsform, die im wesentlichen aus Warenverteilung besteht, an sich eine rationellere, d. h. durch Konzentration der Kaufkraft rationalisiert ist und zum anderen darin, daß ihr sozialwirtschftlicher Charakter das rücksichtslose „Aufdiestraßesetzen" der privatkapitalistischen Wirtschaftsform nicht kennt. Weshalb auch — neben der um drei- bis vierfache erhöhten Steuerlast gegen die Vorkriegszeit — die Wirtschaftserträge der Konsumgenossenschaften gegenüber der Vorkriegszeit um ca. 50 Prozent niedriger sind, während die Privatwirtschaft mit dem Mittel der Rationalisierung sich wieder die Profitrate der Vorkriegszeit zu sichern sucht und zum Teil auch schon wieder gesichert hat.

Es ist also im ganzen die ebenso interessante wie erfreuliche Tatsache festzustellen, daß die Konsumgenossenschaften zur herrschenden Arbeitslosigkeit noch keinerlei Zuschuß geleistet haben, was volkswirtschaftlich und sozial gesehen von höchster Bedeutung ist.

Die Förderung der Konsumgenossenschaften durch Mitgliedschaft und Umsatz liegt im Interesse der Einzelfamilie wie des Volksganzen.

Auch der genialste Mann wurde von einer Mutter geboren, der er oft das Beste, was er besitzt, verdankt. Mit welchem Rechte will man also der Frau die Gleichberechtigung mit dem Manne versagen?

Unterhaltungsbrocken

Nichts lockert mehr der Neigung zarte Bande als Sorgen um des Lebens Unterhalt

Man sollte alle Tage wenigstens ein kleines Lied hören, ein gutes Gedicht lesen, ein treffliches Gemälde sehen und, wenn es möglich zu machen wäre, einige vernünftige Worte sprechen.

Der Verband

Wer regelt Lohn und Arbeitszeit für Dich?
Wer macht im Rechtsstreit manchen Federstrich?
Wer tritt auch mündlich ständig für Dich ein,
wenn Dir bereitet wird so manche Pein?

Wer fördert Unfall- und Gesundheitsschutz?
Wer bietet Ausbeutung und Raubbau Trutz?
Wer nimmt sich kranker, invalider Opfer an
und gibt selbst Hinterblieb'nen was er kann?

Wer fordert Arbeit, wenn man rationiert
und dabei Kopf- und Handarbeiter ruiniert?
Wer will vom Stempelelend Dich befrei'n
und Zeuge Deines frohen Schaffens sein?

Wer breitet Aufklärung und Wissen aus
in Kursen, Reden, Schriften ohne Paus'?
Wer pflegt der Kameradschaft edlen Geist,
der uns den Sieg der Solidarität verheißt?

Das ist und bleibt die Organisation,
die in den früh'sten Menschheitszeiten schon
den Weg zu idealsten Zielen fand.
Drum wirk' und werbe stets für den Verband!

Erwin.

Mehr Wirtschaftlichkeit bei der Hausarbeit

Der Gedanke der Rationalisierung, d. h. der Bestgestaltung des menschlichen Wirtschaftens und Arbeitens hat auch vor dem Reiche der Hausfrau nicht halt gemacht. Ein wie weites Feld dieses in seiner Bedeutung oft unterschätzte Reich umschließt, zeigt schon allein die Tatsache, daß wir in Deutschland mehr als 15 Millionen Haushaltungen (Familien-, Einzel- und Anstaltshaushalte) „in Betrieb" haben. In diesen Hauswirtschaftsbetrieben wird Tag für Tag, Jahr für Jahr ein kaum übersehbares Maß von Arbeit geleistet, werden bedeutende Mengen von Produktionsmitteln investiert, wird der Hauptteil der Konsumgüter verwaltet und verbraucht, für deren Hervorbringung der ganze weitverzweigte Apparat moderner Technik und Wirtschaft letzten Endes bestimmt ist. Wenn es nicht gelänge, diesen bedeutenden Wirtschaftsfaktor „Hauswirtschaft" in die Rationalisierungsbewegung mit einzubeziehen, so müßte allen Bestrebungen, die auf eine Hebung des Wirkungsgrades der Gesamtwirtschaft bedacht sind, ein Enderfolg versagt oder doch außerordentlich erschwert bleiben.

Mit Recht hat man daher die Hausfrau z. B. zur Mitwirkung an der Normung aufgerufen. Auch sie soll dazu beitragen, eine vielfach gänzlich überflüssige und unwirtschaftliche Mannigfaltigkeit auf dem Markte der Gegensätze des täglichen Bedarfs (z. B. der Haus- und Küchengeräte, des Kochgeschirrs usw.) zu bekämpfen. Ist der Haushalt der Hauptverbraucher dieser Waren, so ist die Hausfrau sein Zentraleinkäufer. In der Tat können ohne ihre Einsicht und ohne den Einsatz ihrer d. h. der Hausfrau wirtschaftlichen Machtstellung als Verbraucher, Hersteller und Handel bei der notwendigen Vereinheitlichung vieler Waren nicht zum Ziele kommen. Das gleiche gilt von der Mitwirkung der Hausfrau an der Ordnung der Warenmärkte durch die Schaffung einheitlicher Lieferbedingungen, Bezeichnungsvorschriften und Prüfverfahren (z. B. für Leinen, Scheuertücher, Lederwaren usw.).

Erfreulicherweise kann man eine wachsende Mitwirkung der zentralen und örtlichen Hausfrauenvereine bei der Lösung dieser Aufgaben, wie sie beim Deutschen Normenausschuß (DNA), beim Reichsausschuß für Lieferbedingungen (RAL) sowie beim Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit (RKW) durchgeführt werden, feststellen. Die Hausfrauen werden ihren Vorteil daraus ziehen in Form der gesteigerten Sicherheit, gute und brauchbare Waren in zweckmäßigen Abmessungen und Ausführungen bei gesicherter, nachprüfbarer Qualität zu erhalten. Sie tragen gleichzeitig dazu bei, Preissteigerungen in Handel und Herstellung zu vermeiden und schließlich einer wohlfeilen Deckung des Bedarfs die Wege zu ebnen. Wobei sie durch ihre Mitwirkung — und das ist sehr wichtig — am besten verhindern, daß in diesen Dingen etwa lebensfremde Entscheidungen an grünen Tischen gefällt werden.

Es ist zu wünschen, daß immer weitere Kreise der Hausfrauen in diese Bewegung einbezogen werden. Denn die Rationalisierung der Hauswirtschaft ist zum nicht geringen Teil eine Aufklärungs-, Erziehungs- und Unterrichtsfrage. Aus dieser Erkenntnis heraus ist die Abteilung Hauswirtschaft beim Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit an die Ausarbeitung eines hauswirtschaftlichen Lehrdienstes herangegangen, der unter Benutzung eines reichhaltigen Bildmaterials „sprechfertige" Vorträge bringt. Diese werden im ganzen Reiche bei hauswirtschaftlichen Veranstaltungen der Hausfrauenvereine als Lehrmaterial in den hauswirtschaftlichen Schulen usw. willkommen sein.

„Die Normung in der Hauswirtschaft", einer dieser Vorträge, wirbt z. B. um das Verständnis der Hausfrau für die vorstehend skizzierten Normungsbestrebungen. Die Hausfrau zu einer zielbewußten und dem Ziel der Wirtschaftlichkeit Rechnung tragenden Einkäuferin zu machen, ist die Absicht einer weiteren Arbeit „Ratschläge und Winke für die Auswahl von Kochgeschirr und Zubehör". Vom Gesichtspunkt der Hausfrau als Einkäuferin aus werden Material, Form, Verwendungszweck, Behandlung und Preise von Küchengeräten, insbesondere von Kochgeschirr erörtert. Weitere Vorträge werden auf die Wichtigkeit und Notwendigkeit rationeller Wärmewirtschaft im Hause aufmerksam machen. Hier werden weiterhin praktisch brauchbare Vorschläge für richtiges Heizen und richtige Feuerungstechnik in Ofen und Herd gemacht. Die beiden erstgenannten Vorträge werden demnächst erscheinen.

Bereits fertiggestellt (und beim RKW, Berlin NW 6, Luisenstraße 58/59, III., zum Preise von 0,50 RM. zu beziehen) ist ein Vortrag „Hausarbeit leicht gemacht", der sich mit Arbeitserleichterungen für die Hausfrau durch zweckmäßige Körperhaltung beschäftigt. Hier wird von der arbeitsphysiologischen Seite her an die täglich wiederkehrenden hauswirtschaftlichen Verrichtungen wie Waschen, Aufwischen, Wäscheaufhängen, Plätten, Kartoffelschälen, Teppichreinigen usw. herangegangen. Es soll gezeigt werden, wie die Verausgabung von Energie durch richtige Körperhaltung sowie durch die Auswahl zweckmäßiger Geräte vermindert werden kann. Muß man sich denn unbedingt Waschtag für Waschtag auf eine zu niedrig gestellte Waschwanne herabbücken? Kann die Hausfrau sich nicht vielmehr der durch das Krummstehen beschleunigten Ermüdung zum Teil durch zweckmäßige Körperhaltung entziehen? Kann man wirklich nur im Stehen plätten? Muß man sich wirklich dem hygienischen und physiologischen Nachteil des ermüdenden Stehens in dem Maße aussetzen, wie das heute vielfach noch der Fall ist? Haben Sie schon einmal daran gedacht, daß man sich auch das Kartoffelschälen durch geeignete Anordnung des Arbeitsplatzes und der benötigten Arbeitsgeräte wesentlich erleichtern und vereinfachen kann? Der Erörterung und der richtigen Beantwortung solcher und ähnlicher Fragen, die sich der schaffenden Hausfrau aufdrängen, ist der genannte Vortrag (von G. Villwock) gewidmet. Der Vortrag ist bereits erstmalig vor der Gruppe Hauswirtschaft beim RKW probeweise gehalten worden. Die Aussprache, die sich im ganzen Reiche an diese Vorträge anschließen wird, soll dazu beitragen, auch auf dem Gebiete der Hauswirtschaft eine lebendige Gemeinschaftsarbeit in Rationalisierungsfragen in Gang zu halten.

Kurze Unterhaltung

Europas Polizeistunden. Das Gaststättengesetz führte in letzter Zeit zu allerlei mehr oder weniger heftigen Auseinandersetzungen über die Polizeistunde. Es ist deshalb recht interessant, wie die Polizeistunde in den verschiedenen europäischen Hauptstädten gehandhabt wird. Bis 22 Uhr darf man ungestört zechen in Stockholm, London und Oslo, 23 Uhr gebietet die Polizei Schluß in Moskau, Warschau, Mailand und Bern, 24 Uhr folgen Kopenhagen, Amsterdam, Zürich, Wien und Rom; eine halbe Stunde später Haag und Rotterdam; um 1 Uhr ist die Polizeistunde in Bukarest, um 2 Uhr in Budapest und Paris. Nur in Berlin besteht die Polizeistunde generell bis 3 Uhr. Natürlich gibt es auch in den anderen Orten Lokale, besonders in der Nähe der Bahnhöfe, die länger als bis zum Eintritt der Polizeistunde geöffnet haben dürfen, aber da handelt es sich nur um eine geringe Anzahl, für die in anderer Beziehung besonders strenge Vorschriften gelten.

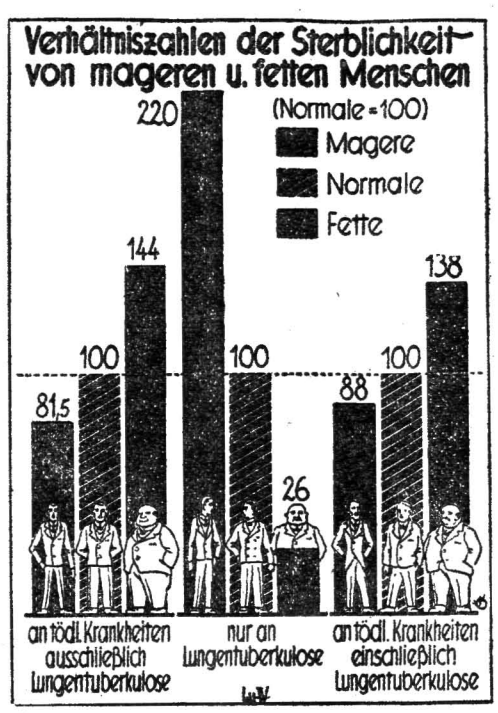
Wenn Neuyork umzieht . . . Die New York Telephone Company, die größte Telephongesellschaft der Vereinigten Staaten, hat alljährlich zu den Umzugsterminen über 100 000 Telephonanschlüsse umzulegen. Zum 1. Oktober d. J. waren es rund 124 000, nur 3300 weniger als zum gleichen Termin des Vorjahres, während man angesichts der allgemeinen Wirtschaftslage der Vereinigten Staaten mit einer weit niedrigeren Zahl gerechnet hatte.

Arbeitslosenhilfe durch Vergnügungssteuer. Der rumänische Minister für Arbeit, Gesundheit und soziale Fürsorge hat angeordnet, daß bei öffentlichen Schaustellungen auf die Eintrittspreise eine besondere, von den Gemeinden festzusetzende Gebühr erhoben werden solle, da die zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel bei der katastrophalen Wirtschaftslage nicht ausreichten, um die notleidenden Erwerbslosen zu unterstützen. In Hermannstadt z. B. beträgt der Aufschlag auf die Kartenpreise bei Logenplätzen und gleichwertigen Plätzen 2 Lei, bei allen anderen Platzgattungen, außer den Stehplätzen, 1 Lei. Rumänien hat keine gesetzlich verankerte Arbeitslosenversicherung, sondern die Erwerbslosen sind auf freiwillige Unterstützungen durch Vereine und Gemeinden angewiesen.

Kulis Sonnensehnsucht. Ein indischer Flugzeugführer, der zu einem Rundflug aufgestiegen war, hörte plötzlich hinter sich im Flugzeug ein gar jämmerliches Heulen und Wehklagen, und als er — abergläubisch wie alle Inder — voller Angst landete, entdeckte man hinten im Flugzeug einen schmächtigen Kuli, dem offensichtlich der Ausflug in die höheren Regionen schlecht bekommen war. Als man ihn wieder ein klein wenig auf die Beine gebracht hatte und ihn fragte, was er denn mit dieser Schwarzfahrt bezweckte, erhielt man die Antwort, daß er nur einmal ein klein wenig näher an die Sonne wollte. — Man könnte über diesen Wunsch vielleicht lächeln, aber steckt nicht doch ein sehr ernster Kern hinter dieser Sonnensehnsucht des indischen Kulis? —

Männer, die man nicht heiratet . . . Im nordamerikanischen Staate Iowa wurde von Amtsseite eine Liste der Männer zusammengestellt, die wegen irgendwelcher geistigen Mängel nicht heiraten dürfen. Diese Liste, die rund 100 000 Namen enthält, ist allen Standesbeamten des Staates zugeleitet worden. Sie wird von Zeit zu Zeit durchgesehen und berichtigt. Leider konnte keine Vorsorge getroffen werden, daß der in der Liste Geführte nicht in einen Nachbarstaat reist und sich dort trauen läßt. Vielleicht erfährt man bald einmal, wie sich diese sozialhygienisch überaus wichtige Maßnahme auswirkt und vor allem, nach welchen Gesichtspunkten die „geistigen Mängel" beurteilt wurden. hlw.

Leben die Dicken länger oder die Dünnen?



Der bekannte Forscher Hindhede stellte Untersuchungen an nach statistischen Grundlagen, ob die dicken oder die dünnen Menschen länger leben. 43 amerikanische Versicherungsgesellschaften haben im Laufe von 24 Jahren die Sterblichkeit von 186 000 fetten und 530 000 mageren Versicherten verfolgt, um so das Risiko festzustellen, das mit der Versicherung von Personen verschiedenen Gewichts verbunden ist. Dabei bilden die Mageren in der im Bilde gegebenen Statistik die Gruppe der Untergewichtigen von mehr als 25 Pfund. Die Fetten sind Personen mit einem Uebergewicht von wenigstens 50 Pfund. Es zeigte sich nun, daß die Sterblichkeit bei den Fetten erheblich höher ist und daß die Normalgewichtigen eine um 14 Prozent höhere Sterblichkeit haben als die Klapperdürren. Die Dicken sind empfänglicher für die Zuckerkrankheit, die bei den Mageren fast nicht vorkommt. Dagegen haben die Mageren eine höhere Sterblichkeit an Tuberkulose. Dies mag aber damit zusammenhängen, daß, wer an einer noch nicht zum Ausbruch gekommenen Tuberkulose leidet, meistens mager bleibt. Es ist also nicht bewiesen, daß reichliche Ernährung ein Vorbeugungsmittel für Tuberkulose ist. Interessant ist noch die Feststellung, daß in den jüngeren Altersklassen (zwischen 15 und 30 Jahren) die Mageren häufiger an Tuberkulose sterben, so daß man also mit Sicherheit sagen kann, daß der Magere länger lebt, wenn er erst einmal die 30 überschritten hat.

Der Roman des Herzens

Die beiden Meisterromane Martin Andersen Nexös, „Pelle der Eroberer" und „Stine Menschenkind", haben seit Jahrzehnten einen unbestrittenen Platz in der sozialen Literatur der Neuzeit. Auch die reaktionäre Kritik mußte Martin Andersen Nexö als künstlerische Persönlichkeit anerkennen, so bitter sie sich auch darüber beklagte, daß dieser begnadete Künstler nie etwas anderes geschrieben habe als die Geschichte armer Leute. Die deutschen Proletarier haben die literarische Bedeutung Martin Andersen Nexös und die Lauterkeit seiner Gesinnung sofort erkannt, aber sie konnten diese Bücher bisher nicht selbst besitzen. Nun ist das anders geworden, seit die Büchergilde Gutenberg, Berlin, die Meisterwerke Martin Andersen Nexös in einer Volksausgabe nur für ihre Mitglieder herausgibt. Der „Pelle" ist für 6 Mark erschienen, und jetzt folgte „Stine Menschenkind" für 4,50 Mark. Allein schon der Preis der Bücher ist eine große Leistung. Endlich kommt dieser Roman zu seinem Publikum, zu denen, für die Martin Andersen Nexö schrieb und für die er noch heute schreibt. „Stine Menschenkind" ist der große Roman der proletarischen Frau. Diese Stine ist als uneheliches Kind auf dem Lande geboren. Sie wird von Etappe zu Etappe durch ein Leben voll Kummer und Entbehrungen gestoßen, aber ihr Muttergefühl und ihre Bereitschaft, anderen zu dienen und allen zu helfen, kann erst der Tod auslöschen. Es ist das typische Schicksal eines Arbeitermädchens, einer Arbeiterfrau, die sich nicht mit den Ellbogen durch die Widerstände der Zeit drängt, die zuviel mit dem Herzen denkt und deshalb unterliegt, weil die menschliche Gesellschaft keinen Raum hat für das, was man Herz nennt. Dieser wundervolle Roman umfaßt das Schicksal aller, deren Kennzeichen die stets rauhen Hände sind. Aus ihrer Mitte kommt der Dichter, und für sie hat er dieses Buch geschrieben. Es wird jetzt seinen Weg zu ihnen finden.

Ehe, Familie und Demokratie

Die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft ist, wie jeder Mensch weiß, in verschiedene Entwicklungsperioden gegliedert, jede Periode weist gegenüber einer früheren, andere Produktions-, Wirtschafts- und Rechtsverhältnisse auf, die dem allgemeinen gesellschaftlichen Leben, dem Verhältnis der Geschlechter zueinander und des Geschlechts zur Gesellschaft ein besonderes Gepräge geben.

Von den sich immer verändernden sozialen Verhältnissen meint man, wäre die Ehe und Familie eine weniger von den gesellschaftlichen Umwälzungen betroffene Einrichtung.

Ohne jedoch in diesem Beitrag in eine Darstellung einstmals bestandener Rechtsnormen im Liebes-, Ehe- und Familienleben vergangener Zeiten zu verfallen, soll versucht werden, daß gegenwärtig geltende bürgerliche Familienrecht darzustellen als das, was es ist, nämlich als die Rechtsnorm, die eine absolutistische Herrschaftsmoral des Mannes in Ehe und Familie begründet, die in der bürgerlichen Gesellschaft selbst, politisch überwunden und ökonomisch dank der organisierten Macht des Proletariats stark ins Wanken geraten ist. Nur in der Familie hat sich die mittelalterliche Herrschaftsmoral als ein Rudiment einer in der bürgerlichen Gesellschaft überwundenen Wirtschaftsepoche erhalten, das nicht nur im bürgerlichen Familienrecht selbst verankert ist, sondern in den Hirnen der Menschen, die sich ein anderes Verhältnis im Ehe- und Familienleben nicht vorstellen können.

Es liegt im Wesen der bürgerlichen Gesellschaft und deren Einfluß auf die Erziehung des Menschen begründet, daß jeder Mensch beherrscht wird von dem Willen zur Macht.

In jedem liegt das Bestreben, irgend etwas zu gelten, irgendwo seinen Machtwillen zur Geltung zu bringen.

Nun aber ist es nicht möglich, den Machtwillen zur Geltung zu bringen, ohne den Besitz der Machtmittel, die nötig sind, um andere Menschen zu seinen Untertanen zu machen.

Es ist nun wohl erklärlich, daß jeder im kleinen Kreise, wie der Mann in der Familie, als der wirtschaftlich Stärkere, seine Macht über die im Familienkreis von ihm wirtschaftlich Abhängigen ausübt. Dieses Herrschaftssystem, das in der Ehe den Mann und in der Familie den Vater zum Oberhaupt über die von ihm Abhängigen erhebt, ist ein Spiegelbild von der Herrenmoral in der bürgerlichen Gesellschaftsordnung, die als geltendes Recht in der Gesetzgebung festgelegt ist.

Eine der wichtigsten Aufgaben der sozialistischen Arbeiterbewegung ist es, die politische und wirtschaftliche Diktatur, die nur in einem Klassenstaate möglich ist, zu beseitigen und die Demokratie, welche den Willen der Gesamtheit des Volkes zum Ausdruck bringt, als die herrschende Macht gelten zu lassen, denn nur auf diesem Wege, dessen sind wir uns als Sozialisten bewußt, wird es möglich sein, den Machtwillen des einzelnen über die Gesamtheit oder eine Gruppe unwirksam zu machen.

Es gilt wie im Staate auch in der Ehe und Familie die Diktatur abzubauen und sie zu ersetzen mit der demokratischen Idee, nach welcher nicht der Wille des Mannes, sondern der Wille der Gemeinschaft bestimmen soll.

Wo und in wieviel Familien hat sich die Idee der Demokratie durchgesetzt? Wo sind wir in der Familie schon soweit, daß sich die Frau nicht mehr den Anordnungen des Mannes zu fügen braucht?

Hat sie in jedem Falle das gleiche Recht wie der Mann?

In wieviel Fällen dürfen urteilsfähige Kinder und Jugendliche in Familienangelegenheiten mitreden oder gar mitbestimmen?

Ich glaube, wir werden selten Arbeiterfamilien finden, wo nur annähernd die Idee der Demokratie eingezogen ist, nicht einmal das Verhältnis zwischen den Ehepartnern, die sich im Leben am allernächsten stehen, weist Spuren demokratischer Gleichberechtigung auf, viel weniger das Verhältnis der zum Familienkreis gehörenden Menschen.

Es gehört zum Aufgabengebiet sozialistischer Bildungs- und Erziehungsarbeit, den Machtwillen des einzelnen in der Ehe und Familie zu bekämpfen und der Demokratie den Weg zu ebnen.

Das aber setzt voraus, daß in den Hirnen der Menschen die Idee der Demokratie Platz greift und, daß jeder ernstlich bestrebt ist, an der Verwirklichung dieser Idee es nicht fehlen zu lassen.

Das heißt, in der Tat freiwillig darauf zu verzichten, in der Ehe und Familie allein zu herrschen und aus seinem Ehepartner und dem Familienangehörigen Untertanen machen zu wollen.

Es darf in der Familie nicht um Herrschaft, sondern um die Schaffung einer Gemeinschaft gehen.

Menschen in einer derartig demokratischen Gemeinschaft können wohl verschiedene Charakter haben, sie dürfen aber nicht den aus diesem hervorgehenden Eigenwillen in der Ehe durchsetzen wollen, sie müssen von der Erkenntnis durchdrungen sein, auf dem Wege der Verständigung den Machtwillen des einzelnen zugunsten des Willens der Gemeinschaft auszuschalten.

In diesem Sinne die Erziehungsarbeit in der Familie anfangen, heißt ein Stück Verwirklichung des Sozialismus durchsetzen.

Denn eine Aenderung der Eherechtsform im bürgerlichen Staate wird ein Ehe- und Familienleben allein nicht glücklich machen, wenn nicht die Menschen freiwillig auf jeden Machtanspruch verzichten.

Herbert Döbler, Wurzen.